

Herausforderungen von Klein- und Mittelstädten

Fokus: Schrumpfung und Peripherisierung

Elke Bojarra-Becker
Thomas Franke
Martin zur Nedden



Deutsches Institut für Urbanistik

Difu-
Papers

August 2017



Inhalt

Vorbemerkungen	3
1. Das Projekt	4
1.1 Schrumpfung und Peripherisierung – Einordnung	4
1.2 Methodisches Vorgehen	5
2. Die Fallstudien: Herausforderungen aus der Praxis	6
2.1 Rahmenbedingungen und Eckdaten in Bocholt	6
2.1.1 Problemwahrnehmung in Bocholt	7
2.1.2 Konzepte und Strukturen	8
2.1.3 Fazit/Schlussfolgerungen	9
2.2 Rahmenbedingungen und Eckdaten in Gummersbach	10
2.2.1 Problemwahrnehmung in Gummersbach	10
2.2.2 Konzepte und Strukturen	11
2.2.3 Fazit/Schlussfolgerungen	13
2.3 Rahmenbedingungen und Eckdaten in Homberg (Ohm)	14
2.3.1 Problemwahrnehmung in Homberg (Ohm)	14
2.3.2 Konzepte und Strukturen	15
2.3.3 Fazit/Schlussfolgerungen	16
2.4 Rahmenbedingungen und Eckdaten in Schwarzenberg	17
2.4.1 Problemwahrnehmung in Schwarzenberg	19
2.4.2 Konzepte und Strukturen	19
2.4.3 Fazit/Schlussfolgerungen	21
2.5 Rahmenbedingungen und Eckdaten in der Lutherstadt Wittenberg	22
2.5.1 Problemwahrnehmung in der Lutherstadt Wittenberg	24
2.5.2 Konzepte und Strukturen	25
2.5.3 Fazit/Schlussfolgerungen	27
2.6 Stimmen aus der Politik	28
3. „Querschau“ der Fallstudien	31
3.1 Verwendung der Begriffe Schrumpfung und Peripherisierung	31
3.2 Befundlage zu Schrumpfung und Peripherisierung	32
3.3 Bedeutung von und Umgang mit Schrumpfung und Peripherisierung	32
3.4 Bewertung des Umgangs mit den Herausforderungen durch die Interviewten	33
3.5 Forderungen aus den Gesprächen an Bund und Länder	34
3.6 Thesen zur Diskussion	34
4. Abschließende Überlegungen	37
Literatur	39
Online-Quellen	39

Vorbemerkungen

Die aktuelle stadtentwicklungspolitische Diskussion befasst sich vorwiegend mit den (Wachstums-)Problemen größerer Städte. Nach wie vor sehen sich aber auch Klein- und Mittelstädte, vor allem in ländlichen, peripheren Räumen, erheblichen Herausforderungen ausgesetzt. Daher sah sich das Difu veranlasst, sich in einem internen Projekt, unabhängig von einem externen Auftraggeber, vertiefend mit den besonderen Problemlagen und Herausforderungen kleinerer und mittlerer Städte zu befassen. Der Schwerpunkt lag auf Klein- und Mittelstädten, die mit Schrumpfung und/oder Peripherisierung konfrontiert sind. Sie liegen in der Regel räumlich weniger zentral, verzeichnen Bevölkerungsverluste und/oder weisen siedlungs- sowie sozialstrukturelle Disparitäten auf, müssen jedoch unter anderem ihre Zentrenfunktion gewährleisten. Entsprechend wurde, aufbauend auf ersten Workshops im Jahr 2013, das Projekt „Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten in schrumpfenden bzw. peripherisierten Klein- und Mittelstädten“ auf den Weg gebracht. Einblicke in und Kernaussagen aus diesem Projekt sind im Wesentlichen Gegenstand dieses Difu-Papers.

Bei der Auswahl der Fallstudienstädte bestand kein Anspruch auf eine statistisch fundierte Verteilung im bundesweiten Maßstab. Wichtig war dem Bearbeiter-Team aber, ost- wie westdeutsche Städte zu berücksichtigen. Unterschiede in der Ausgangssituation, z.B. im Hinblick auf Wachstum und Schrumpfung, waren gewollt, um ein breites Spektrum von Aspekten der Stadtentwicklung betrachten zu können.

Es waren Akteure aus den Städten Bocholt, Gummersbach, Homberg (Ohm), Schwarzenberg (Erzgebirge) sowie der Lutherstadt Wittenberg, die sich bereit erklärten, an dem Projekt mitzuwirken. In etwa 20 Interviews und zwei Workshops brachten sich in erster Linie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Verwaltung engagiert ein¹. Zusätzlich wurden anonym und schriftlich Akteure aus der Politik befragt. An dieser Stelle sei ein Ergebnis der Studie vorweggenommen: Das Thema „Schrumpfung“ bleibt schwierig, emotional und zunächst einmal negativ besetzt. Entsprechend sei den Personen, die sich vor Ort in das Projekt eingebracht und auf ein Mitmachen eingelassen haben – besonders den Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern –, sehr herzlich gedankt.

Für die Projektpartner wurde ein ausführlicher Bericht erarbeitet und zur Verfügung gestellt. Anlass und Ziel dieses nun vorliegenden Difu-Papers ist es, Inhalte und Erkenntnisse des Projekts in kompakterer Form einer breiteren (Fach-)Öffentlichkeit bekannt zu machen. Der zeitliche Abstand zwischen dem Projektabschluss und der Veröffentlichung dieses Difu-Papers bringt es allerdings mit sich, dass sich Trends in den Fallstudienstädten mittlerweile auch verändert haben können, wie dies z.B. für die demografische Entwicklung in der Lutherstadt Wittenberg der Fall ist, in der die Einwohnerzahlen seit einiger Zeit wieder steigen.

1 Je nach Standort wurden auch Personen aus der Zivilgesellschaft, der Wohnungswirtschaft, der Politik oder der Wirtschaftsförderung befragt.

1. Das Projekt

Das Projekt war zwar mit „Schrumpfung“ und „Peripherisierung“ überschrieben. Trotzdem konnten auch Erkenntnisse zu den besonderen Herausforderungen von kleineren und mittleren Städten gewonnen werden, die über diese Schablonen hinausgehen. Dies gelang u.a. vor dem Hintergrund, dass die genannten Themen vor Ort eine eher indirekte Rolle spielen. Dennoch soll an dieser Stelle kurz in die Begrifflichkeiten eingeführt werden.

1.1 Schrumpfung und Peripherisierung – Einordnung

Der Begriff Peripherisierung wurde im Rahmen des Projekts nach Kühn und Weck (2012: 24) verstanden, die der „klassischen“ Betrachtung von Schrumpfungprozessen im Sinne eines **quantitativen** Bevölkerungsrückgangs **qualitative** Komponenten hinzufügen: Sie nehmen bei ihrer Beschäftigung mit dem Thema nicht nur dezentral gelegene, vor allem durch Abwanderung geprägte Räume in den Blick, sondern auch „altindustrielle Städte und Stadtregionen, die den Strukturwandel der Deindustrialisierung nicht bewältigt haben“ (ebd.), jedoch keinesfalls dezentrale Lageparameter aufweisen. Dieses Betrachtungs-„Setting“ kann um städtische Teilräume erweitert werden, die mit Blick auf (stadt-)strukturelle, soziale und sozio-ökonomische Benachteiligungen „Peripherien“ innerhalb von dezidierten Zentren bilden – beispielsweise „benachteiligte Quartiere“ als Programmgebiete der Sozialen Stadt. Hier spielen auch **qualitative** Aspekte wie unzureichende Berufsqualifikationen und Arbeitsmarktzugänge von (eben nicht abgewanderten) Bewohnerinnen und Bewohnern eine zentrale Rolle. Kühn/Weck plädieren daher insgesamt dafür, „Peripherien weniger als **räumlichen Zustand**, denn Peripherisierung als **sozial-räumlichen Prozess**“ zu konzeptualisieren (ebd.; eigene Hervorhebungen). Damit wird die Betrachtung räumlicher „Peripherien“ ausgeweitet auf „Peripherisierungen“ durch handelnde Akteure – Bevölkerung, (Wohnungs-)Unternehmen, Politik, Verwaltung. Um dieses Verständnis weiter zu vertiefen, unterscheiden Kühn/Weck (ebd.: 30 ff.) vier „Dimensionen“ von Peripherisierung:

- Abwanderung vor allem sehr mobiler, kapitalstarker Bevölkerungsgruppen im Sinne einer „Abstimmung mit den Füßen“ angesichts der gegebenen Lebensperspektiven in der jeweiligen Stadt; zurück bleiben in der Regel weniger mobile/kapitalstarke Gruppen bzw. ältere Einwohnerinnen und Einwohner.
- Abkopplung strukturschwächerer Räume von regionalen (innovativen) Entwicklungen unter anderem aufgrund des Fehlens von Innovationsträgern (Unternehmen, Fachkräfte mit ihrem Know-how usw.). Auch infrastrukturelle **Abkopplungen** bzw. nicht stattfindende stärkere Einbindungen (Straßen- und Schienenanbindungen, Internetverbindungen usw.) sind hier einzubeziehen.
- Abhängigkeit unter anderem von externen (lokal-)staatlichen Ressourcen und Entscheidungen (Förderprogramme, Stellung im staatlichen Mehrebenensystem/im jeweiligen Zentrale-Orte-System, Schwerpunkte der jeweiligen Landes- und Regionalplanung), aber auch von Unternehmensentscheidungen und -verflechtungen sowie von Kundenverhalten usw.
- Stigmatisierung als „Peripherisierung im Kopf“ (Kühn/Weck 2012: 39): Problemzuschreibungen in Medien („Entleerung“, „Überalterung“, „Benachteiligung“ usw.), „Fremd- und Selbstzuschreibungen als Peripherie“ (ebd.) im Sinne von Images, die wiederum individuelle Handlungsentscheidungen (Zuzug, Wegzug, Standort-„Treue“ von Unternehmen, Bürgerschaft) beeinflussen.

Insgesamt stand im Rahmen des Projekts zumindest mittelbar die Frage im Raum, wie Kommunen unter den Bedingungen von Schrumpfung und/oder Peripherisierung – auch ohne Wachstum oder sogar durch einen bewussten Umgang mit Schrumpfung – erfolgreich und zukunftsfähig sein können:

- Wie werden Signale, die nicht auf Wachstum hinweisen, vor Ort überhaupt wahrgenommen, angenommen und kommuniziert?
- Wie entwickeln sich Qualitäten einer Stadt unter Schrumpfungsbedingungen, und wie kann man damit (städtebaulich, wirtschaftlich, kulturell, sozial, umweltbezogen) umgehen?
- Wie können betroffene Städte den sich verändernden Anforderungen ihrer Einwohnerschaft (Altersgerechtigkeit, Familienfreundlichkeit, Kompensation wegbrechender sozialer/nachbarschaftlicher Netzwerke usw.) entsprechen?
- Wie lassen sich Rahmenbedingungen der Daseinsvorsorge (Wohnen, Bildung und Ausbildung, Gesundheitsversorgung usw.) auch unter Schrumpfungsbedingungen aufrechterhalten bzw. anpassen?
- Wie kann die lokale Ökonomie schrumpfender Städte gesichert werden (Bestandssicherung, unter anderem in Verbindung mit Bildungsinfrastruktur usw.)?
- Wie können Verwaltungen angesichts dieser komplexen, miteinander verwobenen Problemlagen effektiv handeln? Welche Rolle können hier integrierte, politikfeldübergreifende Ansätze spielen? Welche Rolle spielen Visionen, Leitbilder, Strategien, Konzepte, Maßnahmen, Projekte?
- Welchen Beitrag soll und kann die Einwohnerschaft dieser Städte leisten? Welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang Empowerment, Aktivierung, Beteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Koproduktionen von Verwaltung und Bewohnerschaft? Wie wichtig ist dabei Kommunikation zwischen den relevanten Akteuren und Ebenen?
- Welche Rolle spielen intraregionale Kooperationen beim Umgang mit Schrumpfung und Peripherisierung?
- Welche übergeordneten Rahmenbedingungen auf den Ebenen von Bund, Land und Region befördern oder behindern einen „guten“ Umgang mit Schrumpfung und Peripherisierung?

1.2 Methodisches Vorgehen

Anlass und Ziel dieses Projekts war es, sich noch intensiver mit den aktuellen Herausforderungen und Problemlagen kleinerer und mittlerer Städte zu befassen, Hinweise zum Umgang mit den erkennbaren Entwicklungen zu geben und einen Erfahrungsaustausch mit und zwischen den Projektpartnern zu ermöglichen.

Um den spezifischen Bedarfen und Herausforderungen gerecht zu werden, führte das Difu im Vorfeld des Projekts im August 2013 einen Workshop mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern einiger Klein- und Mittelstädte durch, um die jeweilige Ausgangslage und Problemwahrnehmung zu erörtern. Im Ergebnis wurde unter anderem deutlich: Bei vielen vergleichbaren Problemansätzen unterscheiden sich Ausgangssituation, Herausforderungen und Handlungsansätze von Kommune zu Kommune teilweise erheblich. Viele offene Fragen oder Unsicherheiten bleiben im Raum. Ein Bedarf an Themenvertiefung und Austausch ist gegeben.

Das eigentliche Projekt, das in diesem Difu-Paper dargestellt wird, startete im November 2014 in einem Workshop mit Vertreterinnen und Vertretern der teilnehmenden Städte. Dabei wurde die aktuelle Situation vor Ort vorgestellt; den Teilnehmenden wurde ein erster Erfahrungsaustausch ermöglicht. Kern der Studie waren 20 leitfadengestützte Interviews, an denen insgesamt knapp 50 Personen beteiligt waren. Hierzu wurde der wissenschaftliche Begriff Peripherisierung den Interviewpartnerinnen und Interviewpart-

nen stets kurz erläutert und entsprechend auf die nicht ausschließlich räumliche Dimension hingewiesen.

Nach der Interviewphase im ersten Halbjahr 2015 sowie der schriftlichen Befragung der politischen Gemeindevertreterinnen und -vertreter in den Städten im Sommer 2015 wurden die Fallstudien aufbereitet. Ergebnisse, deren Querschau und Thesen wurden im Februar 2016 in einem abschließenden Workshop mit den Projektpartnern diskutiert. Erkenntnisse aus allen Phasen des Projekts fließen in dieses Difu-Paper ein.

2. Die Fallstudien: Herausforderungen aus der Praxis

Im Folgenden wird weniger auf die detaillierte Analyse jedes einzelnen Standortes eingegangen. Vielmehr werden die Städte mit ihren Eckdaten, Rahmenbedingungen und Strukturen kurz vorgestellt sowie Besonderheiten im Umgang mit den aktuellen Herausforderungen benannt. Aussagen, die nicht mit einer Quellenangabe versehen sind, gehen auf die Interviews zurück. Wichtig ist der Hinweis, dass zum Zeitpunkt der Interviews die im Sommer 2015 einsetzende große Flüchtlingsbewegung in diesem Ausmaß auf kommunaler Ebene noch nicht abzusehen war. Entsprechend spielte das Thema Zuwanderung zumeist noch eine recht untergeordnete Rolle.

2.1 Rahmenbedingungen und Eckdaten in Bocholt

Die Stadt Bocholt ist mit gut 74.000 Einwohnerinnen und Einwohnern (Stand 31.12.2014) die drittgrößte Stadt in der Großregion Münsterland sowie die größte Stadt im Bereich westliches Münsterland/unterer Niederrhein. Sie gehört dem Kreis Borken an, ist als Mittelzentrum in grenzübergreifende regionale Netzwerke auch mit niederländischen Kommunen eingebunden und übernimmt „als typische Solitärstadt im überwiegend ländlich geprägten Raum (...) u.a. wegen der entfernten Oberzentren [wie Münster] in Teilbereichen [auch] oberzentrale Funktionen“ (Stadt Bocholt 2007: 5). In ihrer räumlichen Differenzierung besteht Bocholt aus dem städtebaulichen Verflechtungsgebiet und elf umgebenden zum Teil dörflich geprägten Ortslagen (Eingemeindungen im Jahr 1975) in direkter Grenzlage zu den Niederlanden. Die Ortslagen sind stark von Ein- und Zweifamilienhäusern geprägt, die Quote liegt bei rund 70 %. Laut Aussagen in den Interviews ist der Wille zum Umzug in das Zentrum in Teilen vorhanden, insgesamt aber nur gering ausgeprägt. Im Segment des Wohnungsneubaus werden angesichts einer sich allmählich verändernden Nachfrage nach altersgerechten, familiengeeigneten und auch kleineren Wohnungen für Single-Haushalte neue Angebote insbesondere im Zentrumsbereich erforderlich. Dabei zeigt sich die Schwierigkeit, dass zwar viele Investoren aufgrund des zurzeit „billigen“ Geldes Interesse an Investitionen in Bocholt haben, der derzeitige Mietwohnungsmarkt der Stadt es aber nicht zulässt, Mietpreise zu erzielen, die entsprechende Renditeerwartungen bedienen. Gleichzeitig wird es für einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen immer schwieriger, sich mit bezahlbarem Wohnraum zu versorgen – unter anderem, weil Bocholt über nur noch wenige Belegungsbindungen verfügt. Zudem ist die Wohnraumförderung mittlerweile auf der Kreisebene angesiedelt, was die Einflussmöglichkeiten der Stadt in diesem Bereich reduziert.

Bestandsimmobilien, die auf den Markt kommen, werden insbesondere von jüngeren Leuten gekauft. In anderen Fällen werden ältere Häuser abgerissen und durch Mehrfamilienhäuser ersetzt, was insgesamt dazu beiträgt, dass es in Bocholt keinen Leerstand gibt und die sozialräumlichen Strukturen der Stadt in allen Teilgebieten relativ (alters-)gemischt sind. Betrachtet man lediglich die Entwicklung des Grundstücks- und Immobilienmarktes, zeigen sich eher positive Tendenzen, die kaum auf Schrumpfung hinweisen. Der Bocholter Wohnungsmarkt zeigt sich 2016 deutlich angespannter als noch 2015. Dies wird zurückgeführt auf die unzureichende Bereitstellung von Wohnbauland – Folge eines politischen Beschlusses in der jüngeren Vergangenheit, der zum Teil als Ursache für den Wegzug von Familien eingestuft wird – in Verbindung mit der Herausforderung, Geflüchtete (dauerhaft) unterzubringen und sozialräumlich zu integrieren.

Entsprechend kann in der Stadt Bocholt nur von einem moderaten Schrumpfungsprozess die Rede sein. Spürbar und in Zahlen darstellbar ist aber seit geraumer Zeit eine zunehmende Überalterung: „Gegenüber 2011 werden in Bocholt im Jahre 2030 47,2 % mehr Hochbetagte (80 und älter) und 21,9 % mehr 65–80-Jährige“ leben (Einwohnerschaft mit Hauptwohnsitz in Bocholt; bocholt.de). Im Gegenzug verzeichnet die Gruppe der 30- bis 45-Jährigen im Vergleich der Jahre 2013 und 2014 die stärksten Rückgänge. Eine kontinuierliche zahlenmäßige Abnahme dieser Altersgruppe ist seit Ende der 1990er-Jahre zu beobachten (vgl. Stadt Bocholt 2015: 3 ff.).

Die Wirtschaftsstruktur Bocholts ist stark von produzierendem Gewerbe geprägt, mit weitem Abstand gefolgt von Handel sowie öffentlichen und privaten Dienstleistungen ohne dem Bereich öffentliche Verwaltung (bocholt.de). Mit Blick auf die wirtschaftlichen Verflechtungen der Stadt ist Bocholt „eindeutig auf die Metropolregion Rhein-Ruhr ausgerichtet, profitiert als bedeutender Logistikstandort aber auch von der Nähe der Randstad Holland und dem Hafen Rotterdam“ (Stadt Bocholt 2007: 6). Aufgrund von Konkursen und Betriebsverlagerungen in Nachbarregionen kommt es seit dem Jahr 2002 zu Rückgängen im verarbeitenden Gewerbe (Elektrotechnik, Textil und Bekleidung, Baugewerbe). Es wird angesprochen, dass Unternehmen aufgrund von Flächenknappheit auf eine Expansion und damit auf Wachstum verzichten mussten und zusätzlich mit dem Problem des Fachkräftemangels konfrontiert sind. Insgesamt liegt die Arbeitslosenquote in Bocholt bei 5 %, damit allerdings zum Teil deutlich über den Vergleichswerten anderer Städte im südwestlichen Münsterland (vgl. bocholt.de; Stadt Bocholt 2007: 11). Als wichtig wird die Westfälische Hochschule Gelsenkirchen Bocholt Recklinghausen mit einem Standort vor Ort eingestuft.

2.1.1 Problemwahrnehmung in Bocholt

Wie im einführenden Abschnitt gezeigt, kann in Bocholt nicht in Gänze, wohl aber in einzelnen Stadtgebieten von Schrumpfungstendenzen gesprochen werden. Konstatieren lässt sich dies an einem leichten Bevölkerungsrückgang in einzelnen Stadtteilen und entsprechenden Unterauslastungen und Defiziten etwa bei der Infrastruktur (z.B. Schließung von Bildungseinrichtungen, Fachkräftemangel). Insgesamt, dies legen die Aussagen in den Interviews nahe, sind also Ansätze von Schrumpfungstendenzen zu verzeichnen und auch aufgrund persönlicher Betroffenheit (Stichwort Ärztemangel) im allgemeinen Bewusstsein der Bürgerschaft angekommen. Allerdings wird öffentlich allenfalls punktuell darüber diskutiert, und bei Politik und Verwaltung werden die Schrumpfungstendenzen als nicht allzu dringlich eingeschätzt. Zuletzt waren wieder leichte Gewinne für die Gesamtstadt festzustellen. Zusätzlich steigt aufgrund zunehmenden Flächenverbrauchs pro Kopf bzw. tendenziell abnehmender Haushaltsgrößen die Wohnraumnachfrage. Entsprechend ist das Phänomen nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ und räumlich differenziert zu betrachten.

Hier entsteht für die Stadt unter anderem die Herausforderung, trotz im „günstigsten“ Fall annähernd konstanter Bevölkerungszahlen dennoch neuen (familienfreundlichen und/oder altersgerechten) Wohnraum schaffen zu müssen, um Abwanderungen vorzubeugen. Als problematisch wurde in diesem Zusammenhang jedoch thematisiert, dass die Ausweisung von Wohnbauflächen im Zuge der Regionalplanung um 50 % gekürzt wurde. Nicht zuletzt deswegen wird bei Wohnbauflächen mit einem Preisanstieg gerechnet, was, so die Befürchtung, insgesamt das strategische Bodenmanagement der Kommune „aushebeln“ wird. Vor diesem Hintergrund erweist es sich als notwendig, vor allem im Innenstadtbereich Wohnalternativen zum freistehenden Einfamilienhaus zu entwickeln.

2.1.2 Konzepte und Strukturen

Um den dargestellten, wenn auch moderaten, Entwicklungen entgegenzutreten, verfolgt die Stadt Bocholt eine Reihe von Strategien. Dabei stellt das Thema „Umgang mit Schrumpfung“ nur einen Teilaspekt der umfassenderen Diskussion um übergeordnete Aspekte der Stadtentwicklung wie Zukunftsfähigkeit, Wettbewerb, Positionierung dar. Grundsätzlich sind diese Diskussionen auf eine wachsende Stadt ausgerichtet, notfalls wird auch eine Stagnation als akzeptabel angesehen.

Als konzeptionelle Planungsgrundlagen sind zu nennen: das aus dem Jahr 2007 stammende Integrierte Stadtentwicklungskonzept, der Masterplan Demographie aus dem Jahr 2012 sowie die Ergebnisse der strategischen Zielentwicklung von 2008. Diese sind wiederum in die aktuelle „Strategische Planung – Innovatives Bocholt“ eingeflossen. Die anwendungsorientierte strategische Planung orientiert sich an übergeordneten Trends (Globalisierung, Digitalisierung, Individualisierung, verändertes Gesundheitsverhalten usw.) und berücksichtigt dabei gleichzeitig die realistischen Umsetzungsmöglichkeiten von Maßnahmen und Projekten durch die Stadt Bocholt. Identifiziert wurden fünf Handlungsfelder, die mit übergeordneten Zielsetzungen unterlegt sind.

Unterhalb dieser Strategieebene findet sich eine Reihe von Konzepten für verschiedene Handlungsfelder und Fachbereiche der Verwaltung; dazu gehören (vgl. Stadt Bocholt 2007: 23 ff.):

- Gewerbe-, Dienstleistungs- und Technologiestandortkonzept;
- städtebauliches Konzept zur Einzelhandelsentwicklung und Zentrenstruktur;
- integriertes Handlungskonzept für die Innenstadt Bocholt;
- Verkehrskonzept;
- Konzept für Bildung und Kultur sowie
- Konzept zur sozialen Infrastruktur.

Mit integrierter Stadtentwicklung unmittelbar zusammenhängend und in der „Strategischen Planung – Innovatives Bocholt“ bereits angelegt ist außerdem eine dezidierte Quartiersorientierung, die man auch ohne Einfluss von Förderprogrammen implementieren will – und zum Teil schon implementiert hat. Ziel des Ansatzes ist – neben einer generell größeren Bürger Nähe von Politik und Verwaltung – die Verhinderung weiterer Abwanderungen. Dies soll erreicht werden durch Attraktivitätssteigerung und Standortstärkung vor Ort sowie durch die Unterstützung älterer Bewohnerinnen und Bewohner bei ihren Bestrebungen, so lange wie möglich in ihrem Quartier wohnen zu bleiben. Auch hierbei spielt Bürgerbeteiligung eine große Rolle. Unterschiedliche Einschätzungen gibt es aber zu der Frage, inwieweit einzelne Gebiete Benachteiligungen (im Sinne des Programms Soziale Stadt) aufweisen: Auf der einen Seite wurde die Meinung vertreten, es gebe in Bocholt keine Quartiere, in denen sich solche Defizite feststellen lassen. Auf der anderen Seite stand die Einschätzung, auch in Bocholt gebe es „Stadt-

teile mit erheblichen Problemen“ bzw. mit „erheblichem Handlungsbedarf“ im sozialen Bereich (Obdachlosigkeit, soziale Benachteiligung, Integration von Migranten usw.).

Grundsätzlich bildet der integrative Ansatz des integrierten Entwicklungskonzeptes von 2007 eine „strategische Linie“ der Stadt. Es gibt allerdings auch kritische Stimmen zur Erstellung der Konzeption und dazu, wie sie „gelebt“ wird. Teilweise wird die wahrnehmbare Identifikation des Verwaltungsvorstandes mit dem Konzept vermisst und das – nicht immer einfache – Verhältnis zwischen Verwaltung und Politik thematisiert. Auch innerhalb der Verwaltung wird die ressortübergreifende Zusammenarbeit als noch steigerungsfähig eingestuft. Allerdings bestehen in Bocholt aufgrund der übersichtlichen Stadtgröße gute Voraussetzungen („kurze Wege“) für eine intensivere fachübergreifende Kooperation. Zu bestimmten Fachthemen wurden regelmäßige Verwaltungsrunden eingerichtet.

In der Summe gibt es neben den konzeptionell-strategischen Ansätzen eine Reihe von punktuellen Aktivitäten. Beispielhaft seien hier genannt:

- Vermittlungsversuche zwischen unterschiedlichen Gesundheitsakteuren zwecks Stabilisierung der medizinischen Versorgungssituation;
- Regionalisierung und interkommunaler Erfahrungsaustausch (auch mit Akteuren in den Niederlanden);
- Internationalisierung und offensiver Umgang mit Zuwanderung (auch unabhängig von der aktuellen Flüchtlingsbewegung, z.B. Projekte mit China).

Generell, so die Einschätzung, müssten Zuwanderung und eine entsprechende „Willkommenskultur“ als eine Chance zur Kompensation von Schrumpfung betrachtet werden.

2.1.3 Fazit/Schlussfolgerungen

Eine Reihe von Aspekten lässt sich aus den Gesprächen in Bocholt als besondere Herausforderungen und Rahmenbedingungen von Klein- und Mittelstädten ableiten. Einige werden hier benannt:

- Die Relevanz des Themas Demografischer Wandel und der Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit dem Teilaspekt Umgang mit Schrumpfung wird in Politik und Verwaltung nur eingeschränkt gesehen.
- Daten und Statistiken stehen zur Verfügung, werden aber nicht immer zielführend eingesetzt (mangelnde Ressourcen, sektorale Sichtweisen, Fehlen von Fachwissen).
- Integrierte Konzepte und Ansätze liegen vor, werden aber von den Akteuren (Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Bürgerschaft) in unterschiedlichem Maß akzeptiert und gelebt.
- Es besteht teilweise der Eindruck eines unterschiedlichen Umgangs mit der Kernstadt und den Ortslagen. Dabei werden insbesondere Strategien zum Umgang mit den Ortsteilen vermisst. Zum Teil wird dies einer nicht eigenständigen „Dorfpolitik“ zugeschrieben oder damit erklärt, dass sich die Aufrechterhaltung von Infrastrukturen teilweise nicht lohnt.
- Die Quartiersorientierung sollte intensiviert werden: unter anderem durch Bedarfsanalysen und die Umsetzung konkreter Maßnahmen und Projekte.
- Eine weitere Intensivierung der (thematischen und konzeptionellen) Zusammenarbeit von Verwaltung und Politik wäre förderlich.
- Hochschulen sind relevant, um einem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und junge Menschen an den Standort zu binden.

Zu den bereits entwickelten und angewandten Strategien, mit denen die Stadt diesen Herausforderungen begegnet, gehören:

- integrativer Ansatz der Stadt(teil)entwicklung;
- Stärkung der Innenstadt/Attraktivitätssteigerung;
- Quartiersorientierung;
- Stärkung der Kommunikation mit bzw. Beteiligung der Einwohnerschaft;
- strategische Entwicklung der Handlungsfelder Gesundheit und Bildung;
- Regionalisierung und interkommunaler Erfahrungsaustausch sowie
- Internationalisierung und offensiver Umgang mit Zuwanderung.

Es zeigt sich: Die Stadt Bocholt ist potenziell gut aufgestellt, den mit demografischem Wandel und „Schrumpfung“ verbundenen Herausforderungen zu begegnen. Insbesondere der integrative Ansatz sowie eine starke Vor-Ort-Orientierung gehören zu den Strategien, die sich auch in anderen Kommunen als „bester“ Weg bewähren.

2.2 Rahmenbedingungen und Eckdaten in Gummersbach

Die Stadt Gummersbach, etwa 50 km östlich des Oberzentrums Köln gelegen, ist mit rund 95 km² die drittgrößte Gemeinde des Oberbergischen Kreises im Süden von Nordrhein-Westfalen. Die Kreisstadt ist dem Gemeindetyp „Kleine Mittelstadt“ zuzuordnen. Im Jahr 2014 lebten dort etwa 49.735 Einwohnerinnen und Einwohner. Seit Anfang des 21. Jahrhunderts nimmt die Bevölkerung trotz eines verlangsamten positiven Wanderungssaldos stetig ab. Bis zum Jahr 2040 wird ein Bevölkerungsrückgang um 7,3 % erwartet. Vor allem der Anteil der 15- bis unter 30-Jährigen an der Gesamtbevölkerung wird bis 2040 stark abnehmen (minus 19,8 %), während der Anteil der über 75-Jährigen um fast ein Viertel (24,3 %) zunehmen wird. Den Großteil an der Bevölkerungsstruktur nehmen bereits heute die 45- bis 60-Jährigen ein (vgl. Information und Technik NRW 2015).

Trotz sinkender Bevölkerungszahlen nahm die Zahl der Wohnungen in Gummersbach zuletzt leicht zu; dies betrifft vor allem Wohnungen mit ein bis zwei Räumen. Die Leerstandsquote lag 2011 bei 4,8 % (vgl. Statistisches Bundesamt 2015), wobei in den Interviews zum Teil eine bessere soziale Durchmischung als wünschenswert angegeben wird. Innerhalb des Stadtgebietes werden keine neuen Baugebiete mehr ausgewiesen.

Zuletzt wies Gummersbach besondere Rahmenbedingungen auf: Durch die Entwicklung einer bahnhofsnahen Industriebrache (Steinmüllergelände) in den letzten zehn Jahren wurde ein wahrnehmbarer Wachstumsimpuls gesetzt. Zuvor waren durch Schließung zweier großer Arbeitgeber in den 1990er-Jahren über 3.000 Arbeitsplätze verlorengegangen. Auf etwa 18 Hektar Fläche entstanden und entstehen Nutzungen rund um Arbeit, Bildung (Hochschule), Kultur, Wohnen und Einkaufen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist rückläufig und sank in den letzten fünf Jahren um 15,6 %. Heute ist die Wirtschaftsstruktur vor Ort insbesondere durch den Dienstleistungssektor geprägt, gefolgt vom produzierenden Gewerbe (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2015).

Täglich pendeln beinahe 22.500 Berufstätige nach Gummersbach, nur 12.376 Berufstätige pendeln aus der Stadt. Sowohl die Ziele der Auspendelnden als auch die Wohnorte der Einpendelnden befinden sich vorwiegend im Oberbergischen Kreis und den direkt angrenzenden Kreisen sowie in den Städten Köln, Bonn und Düsseldorf (vgl. ebd.).

2.2.1 Problemwahrnehmung in Gummersbach

Bei dem Bevölkerungsrückgang in Gummersbach handelt es sich um einen schleichenden, aber kontinuierlichen Prozess. Es gibt daher die Befürch-

tung, wie in einigen Interviews geäußert, dass man sich in Gummersbach auf erzielten Erfolgen der letzten Jahre ausruht, anstatt die angesichts des demografischen Wandels nötigen nächsten Schritte stärker ins Auge zu fassen.

Grundsätzlich existiert ein Bewusstsein dafür, dass „die Stadt älter wird“. Die Konsequenzen für die bauliche Stadtstruktur und die Infrastruktur werden aber sehr unterschiedlich eingeschätzt. Insbesondere die Politik habe das Thema Schrumpfung noch nicht auf der Agenda. Dies mag auch daran liegen, dass die Entwicklung des Steinmüllergeländes durchaus nachvollziehbar für eine positive Stimmung und die Einschätzung gesorgt hat, die Talsohle sei bereits durchschritten. Der Handlungsbedarf wird daher eventuell (noch) nicht als groß genug eingeschätzt.

Widersprüchlich zeigen sich auch die Aussagen zur Wahrnehmung der Situation in den Ortsteilen: Ist in einzelnen Ortsteilen von einer Leerstandsquote von bis zu 50 % die Rede, werten andere den Leerstand im Ortsteil als „überschaubar“ – Handlungsnotwendigkeiten sind also räumlich differenziert zu sehen. Grundsätzlich wird vom Gros der Ansprechpartnerinnen und -partner aber perspektivisch ein Handlungsbedarf in den ländlich geprägten Ortsteilen gesehen, der durch den Wanderungstrend insbesondere älterer Menschen in Richtung Innenstadt noch verstärkt wird. So gewinnt das Thema „Senioren“ durchaus an Bedeutung, obwohl es aktuell eher situativ diskutiert wird. Derzeit sei hier kein interdisziplinärer oder konzeptioneller Zugang erkennbar.

Als spürbar wird allerdings ein gewisser Druck im Bereich des Ehrenamtes beschrieben. Schieben die einen dies auf das Fehlen von Nachwuchs, sehen andere die Probleme im Angebot oder aber darin, dass „die Not noch nicht groß genug“ ist. Es gebe aber bei Vereinen erste Zusammenschlüsse über die Ortsteile hinweg.

Auch in Gummersbach gibt es nicht wenige Stimmen, die den vorrangigen Ansatz zur Lösung der Probleme in der Zuwanderung sehen. Ob diese z.B. den Rückgang der Zahl der Einschulungen – innerhalb weniger Jahre um 25 % – kompensieren kann, bleibt abzuwarten.

Seit 2012 ist die Stadt im Freiwilligen Sanierungspakt zur Haushaltskonsolidierung. Dadurch reduzieren sich die Handlungsspielräume bei Konzeptentwicklung und -umsetzung. Zusätzlich werden Personalengpässe angesprochen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass das Thema Schrumpfung negativ belegt ist.

2.2.2 Konzepte und Strukturen

Wesentlicher strategischer Baustein in Gummersbach war und ist die Entwicklung des Steinmüllergeländes. Die Stadt hatte 2002, gefördert durch die Landesregierung, den Mut, die 1999 brachgefallenen Flächen zu kaufen. Der Entwicklungsprozess bekam weiteren Aufwind und Begleitung durch das in Nordrhein-Westfalen verankerte Programm der REGIONALEN – in diesem Fall der REGIONALE 2010. Diese Entwicklung wird vielfach als Glücksfall beschrieben, der einen Lernprozess ermöglicht hat.

Die Rahmenplanung beruht auf einem Wettbewerb. Auf diesem basierend wurden Nutzungsszenarien und Typologien zur Entwicklung der Handlungsfelder festgeschrieben. Dabei wurde auch Wert auf ausreichende und wertige öffentliche Räume gelegt (vgl. <http://www.stadtimpuls-gummersbach.de/Rahmenplanung.42.0.html>).

In den Gesprächen wurde mehrfach die strategische Dimension dieses Projekts angesprochen, das der Schrumpfung entgegenwirke. Es wurde auch

mehrfach signalisiert, dass dieses Projekt von einer großen Mehrheit in Politik, Verwaltung und Bürgerschaft getragen wurde. Bei der Fokussierung auf das „Großprojekt“ wurden Ressourcen gebündelt; angesichts begrenzter Ressourcen setzte diese Prioritätensetzung den Möglichkeiten auf anderen Handlungsfeldern womöglich Grenzen.

Bereichernd wirkte außerdem der durch die REGIONALE angestoßene Austausch mit anderen Städten in der Region, der sich jedoch nur punktuell bis heute verstetigen ließ. Zusätzlich gibt es eine Reihe von Rahmenplanungen, teilräumlichen integrierten Handlungskonzepten sowie sektoralen Ansätzen. Zu diesen gehören:

- zwei Studien mit Trends zur Bevölkerungsentwicklung sowie
- die Erarbeitung eines Schulentwicklungsplans.

Beiden wird aber nur eine eingeschränkte Aktualität zugesprochen.

Als aktuellere Bausteine (in Erarbeitung) werden genannt:

- Handlungskonzept Wohnen;
- Nahversorgungskonzept;
- Kulturkonzept.

Des Weiteren wird die Notwendigkeit eines funktionierenden Stadtmarketings thematisiert. Hierzu wurde bereits externe Moderation „eingekauft“. Die Folgen des neuen Einkaufszentrums auf dem Steinmüllergelände für die Innenstadt werden unterschiedlich eingeschätzt; es bleibt z.B. abzuwarten, wie seitens des Handels darauf reagiert wird. Das Gros der Gesprächspartnerinnen und -partner ist sich einig, dass mit dem Einkaufszentrum verhindert werden kann, Kaufkraft z.B. an Köln, Lüdenscheid oder Siegen zu verlieren. Ein Nachteil für umliegende Gemeinden wird dabei nur vereinzelt befürchtet; eher wird die Entwicklung des Steinmüllergeländes als Gewinn für die Region gesehen.

Sehr viele Gesprächspartnerinnen und -partner erachten die Notwendigkeit eines ressortübergreifenden und gesamtstädtischen integrierten Stadtentwicklungskonzepts mit teilräumlichen Ableitungen als wichtig und sinnvoll. Die Rede ist auch von einem Masterplan 2030. Ein solcher könnte helfen, weitere Fördermittel zu akquirieren und zu verknüpfen. Allgemein wird bei vielen guten sektoralen Ansätzen die Entwicklung einer Gesamtstrategie, gerne auch mit externer Moderation, vermisst.

Es zeigt sich: Die beschriebenen Konzepte und Strukturen werden zwar noch eher sektoral angegangen, betont wird dabei jedoch das gute Verhältnis zwischen den Fachbereichen durch übergreifendes Zusammenarbeiten im Rahmen von Projekten und bei integrierten Teilplänen. Verbessert werden sollte lediglich der Datenaustausch oder -verschnitt. Bedauert wird darüber hinaus das Fehlen personeller und zeitlicher Ressourcen für die Diskussion längerfristiger, „visionärer“ Szenarien. Zwar scheint es hierfür Strukturen in der Verwaltung zu geben (neue AG Stadtentwicklung, ressortübergreifende Runde mit dem Bürgermeister, einmal pro Quartal), diese könnten aber, so die Einschätzung, noch größere Wirkung entfalten.

Seitens der Verwaltungsspitze wird eine große Offenheit und Bürgernähe signalisiert. So besucht der Bürgermeister jedes Jahr alle Ortsteile, um aktuelle Probleme und Hinweise zu erfassen und sich zu informieren. Dafür wurden die über 70 Ortsteile in sieben Gruppen gebündelt; die Veranstaltungen sind in der Regel gut besucht. Einige Ansprechpersonen merken an, dass es zukünftig neue Formen der Beteiligung geben muss. Mit anderen Worten: Es herrscht das Gefühl vor, dass Beteiligung in der Vergangenheit gelungen ist, sie aber auch „einfach“ war, weil alle Signale auf Wachstum

standen. Zukünftig könnten hier neue Herausforderungen entstehen und mehr dialog-orientierte Prozesse notwendig werden.

Die Gesprächspartnerinnen und -partner sind sich einig: Die Entwicklung des Steinmüllergeländes hat bei der Politik viel Gemeinschaftsgefühl generiert. Dieses muss sich aber für die zukünftigen Herausforderungen erst neu bewähren.

2.2.3 Fazit/Schlussfolgerungen

Ergänzend und zusammenfassend gibt es eine Reihe von Aspekten, die sich aus den Gesprächen in Gummersbach als besondere Herausforderungen und Rahmenbedingungen von Klein- und Mittelstädten ableiten lassen. Einige werden hier benannt:

- Die Entwicklung der Bevölkerungszahlen und der zu erwartenden Altersstruktur lässt es geraten erscheinen, dem Themenfeld „Demografie“ noch größere Aufmerksamkeit zu widmen.
- Die Erarbeitung eines integrierten Stadtentwicklungskonzepts bzw. eines Masterplans ist als wichtiger weiterer Schritt zu verstehen, auch um die Phase nach der Entwicklung des Steinmüllergeländes sinnvoll zu gestalten.
- Wichtiger Bestandteil einer integrierten Stadtentwicklungsstrategie ist der differenzierte Umgang mit den Ortsteilen entsprechend den vorhandenen und zu erwartenden Gegebenheiten.
- Die Kommunikationsstrukturen und Vernetzungen innerhalb der Verwaltung sind grundsätzlich positiv zu sehen, könnten aber punktuell (z.B. beim Austausch von Daten) noch optimiert werden.
- Das Problem, gute Fachkräfte für die Verwaltung zu gewinnen, wird mehrfach angesprochen.
- Die Fachhochschule wirkt dem Fachkräftemangel entgegen, wird diesen aber nicht gänzlich bewältigen können.
- Auch wenn die Steuerungsfunktion des Landes NRW teilweise mit Skepsis gesehen wird, wird das Schaffen von Entwicklungsanreizen und Entwicklungsinstrumenten aber als wünschenswert erachtet.
- Interkommunale Kooperation wird grundsätzlich positiv gesehen. Auch für sie braucht es aber Anreize.
- Eine deutlichere Formulierung und Kommunikation der in der Zukunft zu verfolgenden Interessen, Ziele und Strategien wird teilweise angemahnt.

Zu den Strategien, mit denen die Stadt diesen Herausforderungen begegnet, gehören:

- sektorale Konzepte und Herangehensweisen;
- Überlegungen zu einem übergreifenden Masterplan;
- Bewusstseinsbildung die Thematik betreffend;
- eine angestrebte Beobachtung der aktuellen Entwicklungen nach Beendigung der Entwicklung des Steinmüllergeländes;
- moderierter Umgang mit dem Handel und dem Ziel, ein Stadtmarketing zu etablieren, sowie
- Schaffen von Wohnangeboten für unterschiedliche Zielgruppen.

In der Stadt Gummersbach wurden in den letzten Jahren Ressourcen erkennbar sinnvoll gebündelt – insbesondere für einen Teilraum. So konnte die Stadt ihren Stellenwert gegenüber dem Umland stärken. Die daraus resultierenden Impulse sollten durch eine verstärkte integrierte Betrachtungsweise aller kommunalen Handlungsfelder für die Gesamtstadt bei gleichzeitiger Berücksichtigung der in den einzelnen Stadtteilen gegebenen unterschiedlichen Voraussetzungen abgesichert werden. Dabei kann an die Erfahrungen im Zuge der Entwicklung des Steinmüllergeländes angeknüpft werden. Dies gilt auch für die Frage der Weiterentwicklung von Beteili-

gungsansätzen. Wie andere Kommunen zeigen, kann unter Umständen eine externe Moderation gerade auch im Hinblick auf die Einbeziehung des politischen Raumes unterstützend wirken.

2.3 Rahmenbedingungen und Eckdaten in Homberg (Ohm)

Die Stadt Homberg (Ohm) liegt im Nordwesten des Kreises Vogelsberg (Regierungsbezirk Gießen) im Bundesland Hessen. Mit etwa 88 km² ist sie die sechstgrößte Stadt im Vogelsbergkreis und wird als Grundzentrum eingestuft. Die nächstgelegenen Oberzentren sind Marburg und Gießen mit einer Entfernung von 22 km bzw. 35 km. Die Stadt verfügt über 14 Ortsteile, von denen der kleinste 70 Einwohnerinnen und Einwohner zählt, etwa die Hälfte der Einwohnerschaft Hombergs wohnt in der Kernstadt.

Seit der Jahrhundertwende bis 2014 sank die Einwohnerzahl um rund 8 %, sodass sie bei 7.445 Personen liegt. Auch für die nächsten Jahre wird ein Bevölkerungsrückgang prognostiziert. Bis 2030 muss im Schnitt von einer jährlichen negativen Wachstumsrate von minus 0,5 % ausgegangen werden. Die Stadt würde demnach 2030 noch schätzungsweise 6.800 Einwohnerinnen und Einwohner zu verzeichnen haben (vgl. Hessen Agentur 2015).

Den kleinsten Anteil nimmt die Gruppe der über 75-Jährigen mit 11,6 % ein. Dabei ist hervorzuheben, dass diese Gruppe seit Jahren wächst, wohingegen die Gruppe der unter 15-Jährigen um 10,3 % sank. Auch der Anteil der 30- bis unter 45-Jährigen ist seit Jahren rückläufig. Der Trend einer zunehmenden Überalterung wird sich in Zukunft fortsetzen (vgl. Hessisches Statistisches Landesamt 2014a; Statistisches Bundesamt 2015).

Mit Ausnahme des Jahres 2011 war in den letzten vier Jahren der Erfassung (2015) ein negativer Wanderungssaldo zu beobachten. Insbesondere 18- bis unter 50-Jährige verließen die Stadt Homberg (Ohm). Hierbei handelt es sich um junge Erwachsene, qualifizierte Erwerbstätige und Familien (vgl. Statistisches Bundesamt 2015).

Trotz rückläufiger Bevölkerungszahlen wurden in den letzten Jahren Wohnungen gebaut. Seit 2000 ist deren Zahl um etwas über 8 % gestiegen. Die größte Zunahme war bei kleineren Wohnungen zu verzeichnen, wohingegen die Zahl der Fünfraumwohnungen abnahm. Dabei gibt es einen hohen Anteil an Privatbesitz (90,7 %) in Verbindung mit einer großen Zahl freistehender Häuser mit ein bis zwei Wohnungen (68,8 %). Dies zeigt, dass Homberg (Ohm) durch eine Einfamilienhausstruktur gekennzeichnet ist (vgl. Hessisches Statistisches Landesamt 2014b).

Die Wirtschaftsstruktur der Stadt Homberg (Ohm) ist mit einem Anteil von über 50 % vorwiegend durch produzierendes Gewerbe (in erster Linie zwei große Arbeitgeber) geprägt. Dienstleister jeglicher Art stellen die zweitgrößte Arbeitgebergruppe dar (vgl. Hessen Agentur 2015). Täglich pendeln etwa 1.716 Personen aus der Stadt hinaus und 1.629 in die Stadt hinein (vgl. Hessisches Statistisches Landesamt 2014a).

Die Arbeitslosenzahlen sind in den letzten 14 Jahren gesunken. Dabei waren sie nicht durch einen kontinuierlichen Rückgang, sondern durch Auf- und Abwärtsbewegungen geprägt. Seit 2009 entwickeln sich die Arbeitslosenzahlen tendenziell rückläufig (vgl. ebd.).

2.3.1 Problemwahrnehmung in Homberg (Ohm)

Ein Problem beim Umgang mit dem Thema Schrumpfung insbesondere in den „alten“ Bundesländern ist der Umstand, dass es sich bei dem Bevölke-

rungsrückgang um einen länger andauernden, eher moderaten Prozess handelt. Es wird lange tendenziell vor allem im politischen Raum kein grundsätzlicher Handlungsbedarf gesehen. In Homberg dagegen wird das Phänomen – insbesondere unter dem zum Zeitpunkt der Interviews amtierenden Bürgermeister – verstärkt aufgegriffen und unter dem Begriff Demografie/demografischer Wandel bzw. Überalterung gefasst.

Spürbar werden die aktuellen Entwicklungen für das Gros der Gesprächspartnerinnen und -partner u.a. durch eine problematische Auslastung der Infrastrukturen, einhergehend mit erhöhten Kosten pro Kopf, sowie einen Rückgang des Einzelhandels inklusive Nahversorgung. Neben einer kaum gegebenen Neuansiedlung von Geschäften entsteht eine Leerstandsproblematik durch das Fehlen von Nachfolgern für inhabergeführte Geschäfte.

Des Weiteren gibt es verstärkt einen Zuzug sozial schwacher Familien, was sich zwar positiv auf die Auslastung der (sozialen) Infrastruktur auswirkt, aber auch zu erhöhten Kosten und Personalaufwänden führt bei gleichzeitigen Schwierigkeiten, geeignetes Personal für vakante Stellen zu finden.

Das Verhältnis zwischen den wachsenden und komplexen Herausforderungen in der kommunalen Verwaltung einerseits und dem vorhandenen „ausgedünnten“ Personalstamm andererseits wird mehrfach als unausgewogen beschrieben. Entsprechend wird Unterstützungsbedarf im Hinblick auf Verfahrensabwicklungen und Beratung zu Problemlösungen formuliert.

Als zusätzliche Problemlage und Herausforderung, gerade für kleinere Städte mit ländlicher Prägung, wird mehrfach eine Funktionsverschiebung thematisiert. Dies gilt zum einen für die Kernstadt, in der es nicht zuletzt durch den o.g. Ladenleerstand zu Bedeutungseinbußen kommt, die sich kaum kompensieren lassen. Zum anderen wird für die Ortsteile, die ursprünglich stark von Landwirtschaft geprägt waren, konstatiert, dass sie diese Funktion nicht mehr erfüllen. Die nunmehr funktionslosen und oft denkmalgeschützten Hofanlagen sind anderweitig kaum sinnvoll nutzbar und prägen das Ortsbild negativ.

In dem (verständlichen) Wunsch, die jeweiligen überkommenen Ortsstrukturen und Gemeinschaftseinrichtungen (Feuerwehren, Dorfgemeinschaftshäuser, Kindertagesstätten usw.) zu erhalten, erwarten die Ortsbeiräte die Bereitstellung entsprechender Ressourcen. Auch wenn erste Sportvereine sich inzwischen auf Kooperationen einlassen, sind dies noch eher Ausnahmen.

2.3.2 Konzepte und Strukturen

Für die Stadt Homberg (Ohm) wurde bislang kein integriertes Handlungskonzept erstellt. Gleichwohl gibt es sektorale Konzepte wie das 2014 erarbeitete Touristische Zukunftskonzept. Zur Stärkung der Wahrnehmung der Stadt auf regionaler Ebene soll am Image von Homberg als Wohnstandort und touristisches Ziel gearbeitet werden. Über ein positives Image sowie gute kulturelle und touristische Angebote soll die Stadt (und die Region) als attraktiver Wohnstandort für potenzielle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestärkt werden. Entsprechend geht es um die Entwicklung touristischer Angebote wie ansprechender Übernachtungsmöglichkeiten sowie um eine offensivere Entwicklung unterschiedlicher Wohnformen.

Noch immer werden in einigen Ortsteilen neue Wohnbauflächen ausgewiesen, obwohl vorhandene und erschlossene Flächenreserven nicht nachgefragt werden. Nach Aussagen von Gesprächsteilnehmern setzt sich nur langsam die Ansicht durch, dass eine solche Vorgehensweise nicht zum gewünschten Effekt der Bevölkerungszunahme führt, sondern eher zusätzliche Kosten verursacht.

Es gibt in Homberg neun auf Initiative des Bürgermeisters gegründete sogenannte Kommissionen, quasi ehrenamtliche Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen (u.a. Ältere und Senioren, Jugend und Kinder, Kultur und Tourismus, Städtepartnerschaften). Ein Arbeitskreis, der sich konkret mit Schrumpfung befasst, besteht nicht. Die Zusammensetzung orientiert sich vorrangig an fachlichen und weniger an politischen Kriterien. Teilnehmen können Stadtverordnete, aber auch interessierte/betroffene Bürgerinnen und Bürger. Die Kommissionen tagen durchschnittlich einmal pro Monat und arbeiten mit der Verwaltung zusammen bzw. stehen mit dieser im Austausch. Es wurde eine Reihe von Zielen, Projekten und Strategien erarbeitet, diese scheinen aber nicht auf einem integrierten Ansatz zu basieren.

Deutlich wird, dass die Stadt im Bereich der sozialen Infrastrukturen auf familienfreundliche Angebote setzt. Unter anderem wurde das leerstehende Amtsgericht mit einem kommunalen Eigenanteil saniert und zu einem Familienzentrum mit unterschiedlichen Beratungsangeboten ausgebaut. Als weiteres Element mit Potenzial zur Verbesserung des Infrastrukturangebotes ist der Kauf des alten Schlosses zu verstehen, das zum kulturellen Mittelpunkt der Stadt entwickelt werden soll. Als wichtig für eine familienfreundliche Infrastruktur wird auch der Ausbau des Breitbandnetzes gesehen, um die Einwohnerschaft (auch unabhängig vom Arbeitgeber) an den Ort zu binden.

Zur Kompensation von wegfallendem Einzelhandel wurden ein Einkaufs- und Nahversorgungszentrum sowie damit einhergehend altengerechte Wohnungen angedacht. Dieses Projekt stieß und stößt allerdings auf wenig Zustimmung – dies unter anderem beim ansässigen Einzelhandel und der Politik.

Das bürgerschaftliche Engagement in Homberg wird zum einen durch die beachtliche Zahl von 126 Vereinen geprägt, zum anderen aber auch dadurch, dass die Zahl der nachhaltig Aktiven wie in anderen Städten überschaubar ist. Unabhängig davon werden die Grenzen gesehen, die beim bürgerschaftlichen Engagement – auch im Kontext von Schrumpfung und demografischem Wandel – entstehen, wie das Fehlen von Nachwuchs in den Vereinen. Spürbar sei dies in unterschiedlichen Ausrichtungen: bei den Landfrauen, beim Sport, der Freiwilligen Feuerwehr oder auch bei den sozialen Trägern. Vorteilhaft wahrgenommen werden allerdings die kurzen Wege und das „Sich-gegenseitig-Kennen“.

Trotz einer vielfach vermissten gemeinsamen Identität der einzelnen Ortsteile wird dennoch von einer Reihe von Kooperationen gesprochen, beispielsweise einer Nahwärmegenossenschaft oder einer gemeinsam betriebenen Bioabwasseranlage. Auch mit den Nachbarkommunen Mücke und Gemünden gibt es Ansätze der Zusammenarbeit. Beispielhaft genannt werden ein gemeinsamer Abfallzweckverband, die Finanzierung der Diakonie, Kinder-Ferien-Programme, ein Zweckverband zur Finanzierung des Ausbaus des Breitbandnetzes, eine Landschafts- und Naturschutz-AG sowie eine gemeinsame EDV-Organisation. Grundsätzlich wird angestrebt, die interkommunale Kooperation auszubauen. Eine freiwillige Gemeindefusion erscheint aufgrund der verschiedenen Ausgangsvoraussetzungen in den beteiligten Kommunen hingegen unwahrscheinlich. Die Bürgermeister der Nachbargemeinden gehen davon aus, dass aus finanziellen Gründen über kurz oder lang eine kommunale Neuordnung erfolgen muss.

2.3.3 Fazit/Schlussfolgerungen

Auch für Homberg lässt sich eine Reihe von Aspekten aus den Gesprächen als besondere Herausforderungen und Rahmenbedingungen von Klein- und Mittelstädten ableiten. Einige werden hier benannt:

- Rückläufige Bevölkerungszahl bei zunehmender Überalterung wird durchaus wahrgenommen, bislang wurde aber kaum konzeptionell mit

dem Phänomen umgegangen. Es fehlt auch an Strukturen und Ressourcen, die den Austausch erleichtern.

- Der Umfang politisch gewünschter Maßnahmen sowie die finanziellen und personellen Ressourcen der Kommune differieren zumindest partiell.
- Spürbar sind ein Fachkräftemangel und in Teilen eine Überforderung der Verwaltung.
- In sehr unterschiedlichen Kontexten wird eine Unterstützung übergeordneter Ebenen als positiv eingeschätzt. Dieser Wunsch wird geäußert mit Blick auf die Formulierung von Standards (z.B. Feuerwehr), hinsichtlich Flexibilisierung des Denkmalschutzes, Anreizen für interkommunale Kooperationen oder gar Fusionen sowie in Sachen Qualifizierung und Beratung der Verwaltungsmitarbeiterschaft.
- Die Einrichtung einer Bildungseinrichtung (Fachhochschule) wird als möglicher Lösungsansatz gesehen.
- Auch die Situation für die Ehrenamtlichen ist zu verbessern/erleichtern.

Zu den bereits entwickelten und angewandten Strategien, mit denen die Stadt diesen Herausforderungen begegnet, gehören:

- Ausnutzen der kurzen Wege innerhalb der Verwaltung;
- Bewusstseinsbildung hinsichtlich der Relevanz der Thematik des Umgangs mit den Konsequenzen eines weiteren Bevölkerungsrückgangs, insbesondere durch den Bürgermeister;
- Bemühungen um den Erhalt (z.B. Kindergärten) und das Schaffen neuer Infrastruktur (z.B. Schlosskauf, Familienzentrum, Überlegungen zum Einkaufszentrum);
- Standortsuche für seniorengerechtes Wohnen;
- sektorale Konzepte sowie
- Ansätze zur Kooperation mit den Nachbarkommunen.

Insgesamt zeigt sich: Die Stadt Homberg (Ohm) ist sich der Thematik und Problematik rund um Schrumpfung und den demografischen Wandel durchaus bewusst und reagiert hierauf. Bislang hat sie hierfür aber noch keine Konzeption oder Handlungsstrategie. Eine solche Strategie unter Einbindung von Politik und Bürgerschaft zu entwickeln – eventuell mit externer Begleitung und untersetzt mit empirischen Daten und Fakten –, brächte der Stadt eine neue Argumentationshilfe. In einem solchen Prozess besteht auch die Chance, einerseits den Spezifika der einzelnen Ortsteile im Rahmen des Möglichen gerecht zu werden und andererseits Synergieeffekte durch stärkere Kooperation zu fördern. Des Weiteren würde auch deutlicher, welche Schritte in die richtige Richtung bereits unternommen wurden.

In besonderer Weise deutlich werden am Beispiel Homberg (Ohm) personelle Engpässe und das Fehlen von Qualifizierungsmöglichkeiten in der Verwaltung.

2.4 Rahmenbedingungen und Eckdaten in Schwarzenberg

Die Stadt Schwarzenberg liegt im Westerzgebirge und bildet den südlichen Abschluss der Industrieregion des Ballungsraumes Chemnitz-Zwickau. Die Kernstadt besitzt eine hohe Bedeutung als Wirtschafts-, Kultur- und Dienstleistungszentrum für das obere Westerzgebirge. Der Einzugsbereich umfasst dabei den grenznahen ländlichen Raum des ehemaligen Kreises Schwarzenberg und bildet mit wichtigen öffentlichen Einrichtungen ein eigenständiges Zentrum im Westerzgebirge (vgl. Stadt Schwarzenberg 2014: 5 f.).

Die Stadt weist unterschiedliche siedlungsstrukturelle Merkmale auf (vgl. ebd.: 32). Dabei führt die topographisch bewegte Situation der Stadt zu einer „insgesamt ungünstigen“ siedlungsräumlichen Fragmentierung. Daraus folgt auch eine Konzentration von Gewerbe- und Handelsstandorten in den Tälern

und damit zwangsläufig eine teilweise problematische Durchmischung von Gewerbe und Wohnen. Ausgehend von gewerbedominierten Tallagen schließen sich gewachsene Mischnutzungen an. Oberhalb der Mischbereiche schließen sich an den Hängen separierte Wohnsiedlungen an. Neben planmäßig angelegten Wohnsiedlungen auf den Kuppenlagen gibt es eigenständige und durch Topographie und Wälder abgetrennte Dorflagen.

Die Einwohnerzahl Schwarzenbergs nahm – trotz Eingemeindungen der ehemals selbständigen Gemeinden Grünstädtel, Bermsgrün, Erla/Crandorf und Pöhla nach der Wende – in der Zeit von 1990 bis zum Jahr 2012 von 25.232 auf 17.930 Personen ab, also um 29 % (vgl. ebd.: 9; 14). Dieser Trend schwächt sich jedoch seit den frühen 2000er-Jahren ab. Neben einem kontinuierlichen Geburtendefizit findet sich ein durchgehend negativer Wanderungssaldo. Dabei ziehen allerdings insbesondere ältere Menschen zu bzw. inzwischen nach Schwarzenberg zurück (vgl. ebd.: 18). Die Verlangsamung des Bevölkerungsrückgangs wird in einigen Gesprächen aufgegriffen. Mit Blick auf die Bevölkerungsstruktur zeigt sich ein Rückgang aller Altersklassen bis 65 Jahre seit 1990 bei gleichzeitigem Anstieg der Zahl der über 65-Jährigen; dieser Trend wird laut Bevölkerungsprognose anhalten (vgl. ebd.: 15; 20 f.). Dabei schlägt sich diese Entwicklung in den Teilräumen der Stadt nicht gleichmäßig nieder. Vielmehr ist eine relativ starke sozialräumliche und wohnungsmarktbezogene Ausdifferenzierung zu beobachten, wobei insbesondere die kernstädtischen Wohngebiete profitieren. Der Wohnungsbestand betrug im Jahr 1990 noch rund 10.590 Einheiten und wuchs bis zum Jahr 2000 um 8 % auf rund 11.500 Einheiten. Er nahm durch anschließenden Rückbau in den Plattenbaubeständen (primär im Stadtteil Sonnenleithe) bis 2012 um 11 % gegenüber dem Jahr 2000 auf nunmehr 10.220 Wohneinheiten ab (vgl. ebd.: 54). Im Jahr 2011 betrug der Leerstand mehr als 12 %; er hat sich derzeit bei 8 % bis 9 % eingependelt (vgl. ebd.: 58).

Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung in Schwarzenberg war nach der Wende durch starken Strukturwandel mit erheblicher Deindustrialisierung geprägt, verbunden mit einem großdimensionierten Arbeitsplatzrückgang. Insbesondere die im damals noch nicht fertiggestellten Plattenbaustadtteil Sonnenleithe lebenden Arbeiterinnen und Arbeiter – sie waren seit den 1980er-Jahren mit dem Versprechen neuer Wohnungen und Arbeitsplätze im gesamten Gebiet der damaligen DDR angeworben worden – sind nach der Wende wieder fortgezogen.

Bis Anfang der 2000er-Jahre kam es zu Neuinvestitionen auf Altindustrieflächen, zu großflächiger Konversion und Entwicklung von neuen Handels- und Dienstleistungszentren sowie zur Erschließung eines neuen Industrie- und Gewerbegebietes, so dass seit dem Jahr 2002 von einem „Wiedererstarken des Industriestandortes“ gesprochen wird (vgl. ebd.: 9). Dies zeigt sich auch in den Arbeitsmarktdaten: Im Zeitraum von 1996 bis 2011 sank der Anteil der Arbeitslosen von 8 % (und sogar 10 % in 2004) auf 7 % (vgl. ebd.: 28). Angesichts der proportional stark wachsenden Gruppe älterer und alter Menschen muss jedoch bei sinkendem Rentenniveau mit einer Zunahme der Altersarmut gerechnet werden (vgl. ebd.: 29). Gleichzeitig wird ein „drastischer Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter um 30 % bis 2025“ erwartet (vgl. ebd.: 74). Dies führt auch zu einem Fachkräftemangel – für unterschiedliche Bereiche und Branchen. So werden zum Teil Konzepte sozialer Träger im Bereich altengerechtes Wohnen durch personelle Engpässe in der Altenpflege erschwert, ebenso fehlen z.B. Ärzte.

Allerdings, so Interviewaussagen, halten sich heute Gewerbean- und -abmeldungen die Waage – nach 25 Jahren hat sich die Situation stabilisiert. Der Einzelhandel in der Schwarzenberger Altstadt verzeichnet jedoch eine Leerstandsrate der Läden von 20 %.

2.4.1 Problemwahrnehmung in Schwarzenberg

Als sich abzeichnete, dass Abwanderung und sinkende Wohnungsnachfrage bis hin zu Leerstand zum Problem werden, suchte die Verwaltung Ansprechpartner, um mit ihnen gemeinsam zu überlegen, wie mit dem Problem umzugehen ist. War das Problem zunächst allein als eines der Wohnungsunternehmen angesehen worden, wurde es jedoch schnell als gesamtstädtische Herausforderung identifiziert. Im Zentrum steht dabei die generelle Frage, wie man die Stadt trotz Schrumpfung und Alterung funktionsstüchtig halten und Stabilität, wenn nicht gar Wachstum generieren kann. Dabei, so der Tenor der Aussagen, ist es wichtig, sich mit dem Thema „ehrlich auseinanderzusetzen“, Schrumpfung nicht nur mit einer negativen Konnotation zu betrachten und vor allem auch Detailüberlegungen für Handlungsoptionen anzustellen. Damit betrachten einige befragte Akteure Schrumpfung auch als Chance, sich produktiv mit den Herausforderungen auseinanderzusetzen, sei es aktuell, sei es perspektivisch (z.B. Aufwertung des Wohnumfelds nach Abriss, Veränderung der Mieterstruktur, Umbau zu altengerechten Wohnungen). Noch überwiegen zwar die problematischen oder negativen Aspekte von Schrumpfung, zum Teil werden aber auch keine Probleme gesehen (gute Infrastrukturauslastung, keine erkennbare steigende Haushaltsbelastung usw.).

Nicht zuletzt durch den Stadtumbau arbeitet die Stadt schon länger mit integrierten Stadtentwicklungskonzepten (vgl. Abschnitt 2.4.2). Allerdings sollte dies, so einige Gesprächspartner, mit Blick auf die ressortübergreifende Zusammenarbeit und die Verbindlichkeit im Hinblick auf Handlungen aller stadtentwicklungsrelevanten Akteure eine noch größere Wirkung entfalten. Das integrierte Stadtentwicklungskonzept wird ungeachtet dessen als wichtiger „roter Faden“ verstanden, auch wenn es zum Teil vertiefende Teilkonzepte braucht. Andere äußern sich allerdings kritisch zur „Aufwand-Nutzen-Relation“ und zu den notwendigen Zuarbeiten der verschiedenen Verwaltungsbereiche.

2.4.2 Konzepte und Strukturen

Ziele und Strategien der Stadtentwicklungspolitik Schwarzenbergs zeigen eine breite Palette an (geplanten) Maßnahmen und Überlegungen, wie insbesondere mit der Bevölkerungs- und Wohnungsmarktentwicklung in der Stadt umgegangen werden soll, ohne Schrumpfung explizit zu thematisieren. Wie dargestellt, liegen nicht zuletzt aufgrund des Stadtumbaus integrierte Stadtentwicklungskonzepte vor. Es wurde in mehreren Schritten daran gearbeitet, wobei Anpassungen an jeweilige Vorgaben des Freistaates Sachsen eine maßgebliche Rolle spielten:

- Grobkonzept aus dem Jahr 2000;
- Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Großen Kreisstadt Schwarzenberg (InSEK) aus dem Jahr 2001 (Feinkonzept);
- erste Fortschreibung (2002);
- Weiterentwicklung zum Städtebaulichen Entwicklungskonzept der Großen Kreisstadt Schwarzenberg (SEKo) sowie
- Fortschreibung/Gesamtüberarbeitung zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept der Stadt Schwarzenberg (2013) mit Stadtratsbeschluss von 2014.

Neben statistischen Daten unter anderem zur Bevölkerungsentwicklung, einer siedlungsstrukturellen Differenzierung sowie Problem- und Potenzialanalysen zu einzelnen Teilräumen enthält das Integrierte Stadtentwicklungskonzept verschiedene Fachkonzepte (Städtebau und Denkmalpflege, Wohnen, Wirtschaft/Arbeitsmarkt /Handel, Verkehr und technische Infrastruktur, Umwelt, Angebote der sozialen Infrastruktur), die jeweils mit eige-

nen Zielen und Handlungsschwerpunkten unterlegt sind (vgl. Stadt Schwarzenberg 2014: 40 ff.).

Bei den Zielen und Maßnahmen der städtebaulichen Entwicklung wird dezidiert zwischen gesamtstädtischen und stadtteilbezogenen Betrachtungs- und Handlungsebenen differenziert (vgl. ebd.: 51 ff.). Aus der Zusammenschau der verschiedenen Fachkonzepte wird im Integrierten Stadtentwicklungskonzept eine städtebauliche Entwicklungsstrategie mit sechs „Bausteinen“ abgeleitet (vgl. ebd.: 132 f.). Darüber hinaus sind für die einzelnen Ortsteile je individuelle Entwicklungsziele und -maßnahmen vorgesehen (vgl. ebd.: 144 ff.).

An der Erstellung und Fortschreibung des Konzeptes waren Akteure auch außerhalb von Politik und Verwaltung wie beispielsweise die AWO beteiligt. Außerdem wird die interkommunale Zusammenarbeit als Bestandteil benannt (vgl. ebd.: 11).

Als weitere Instrumente und Konzepte werden thematisiert (Auszug):

- Aufstellung eines Flächennutzungsplans;
- Bebauungspläne (Positiveffekte für die Binnenentwicklung, aber Bevorzugung des Umlands, weil dort Flächen ohne diese Regularien leichter und flexibler ausgewiesen werden können) sowie
- Erarbeitung eines Einzelhandels- und Zentrenkonzepts.

Grundsätzlich ist man um eine Attraktivitätssteigerung der Stadt bemüht. Somit geht es darum, Schrumpfung nicht nur durch Rückbau, sondern auch durch Aufwertung zu begegnen – auch um insbesondere (ältere) Menschen aus dem Umland in die Stadt „zurückzuholen“. Diese Aufgabe wird in Schwarzenberg nicht allein als eine von Politik und Verwaltung gesehen. Auch Akteure beispielsweise aus dem lokalökonomischen Umfeld verfolgen dieses Ziel. So hat sich etwa der Wirtschafts- und Gewerbeverein auf die Fahnen geschrieben, für diejenigen, die bleiben, „Heimat“ im Hinblick auf Kultur, Sport usw. attraktiv und „lebenswert“ zu machen.

Mit Blick auf die Akteursstruktur (analog zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept) wiesen mehrere Interviewpartnerinnen und -partner auf die ressortübergreifende Zusammenarbeit unterschiedlicher Verwaltungsbereiche in Schwarzenberg hin. So treffen sich Amtsleiter und Oberbürgermeisterin einmal in der Woche; ebenfalls zumeist wöchentlich findet außerdem ein Treffen der Ämter untereinander statt. Darüber hinaus kommt ein- bis zweimal im Jahr die Koordinierungsgruppe Stadtumbau – ebenfalls unter Leitung der Oberbürgermeisterin – zusammen. An daraus hervorgehenden projektbezogenen Themengruppen, die etwa viermal im Jahr (beispielsweise zu baulichen Fragen) tagen, sind auch Akteure außerhalb der Verwaltung beteiligt, etwa das Quartiersmanagement Sonnenleithe, Wohnungsunternehmen oder die Stadtwerke.

Im Zuge bereits erfolgter oder bevorstehender Abrissmaßnahmen wurden laut Schilderung in den Interviews verschiedene Informations-, Beteiligungs- und Unterstützungsleistungen für die betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner angeboten: Informationsforen und Ausstellungen, Einzelgespräche, Versammlungen.

Es ist erkennbar, dass Rückbau nach wie vor eine zentrale Rolle beim stadtentwicklungspolitischen Umgang mit den aktuellen Rahmenbedingungen spielt. Abriss insbesondere von Plattenbauten gehört in Schwarzenberg seit den 1990er-Jahren zu den sichtbaren „quantitativen“ Anpassungsmaßnahmen von Wohnungsbeständen an Schrumpfung. Der Rückbau erfolgte unter der Maßgabe, „Belegungsstand“ und „Attraktivität“ (u.a. Frage der Ausstattung mit Balkonen) zu erhöhen, verbunden mit notwendigen technischen Anpassungen von Ver- und Entsorgungsinfrastrukturen. Städtebauli-

che Aspekte (Abriss von außen nach innen) spielten in der aktuellen Phase eine nachgeordnete Rolle. Auch Verkleinerung bzw. ein Teilrückbau der Bausubstanz wäre wünschenswert gewesen; dies habe sich jedoch weitgehend nicht finanzieren lassen. Erwartet wird eine zweite Welle (demografisch verursacht) mit Abriss weiterer 400 Wohneinheiten bis zum Jahr 2025. Als Partner werden auch hier die großen Wohnungsunternehmen gesehen, mit denen sich geeignete Rückbaustrategien entwickeln und vereinbaren lassen. Dies erweist sich mit privaten Hauseigentümern im Altstadtbereich schwieriger. Betrachtet werden muss auch das Stadtumland. Hier stellt sich die Frage, was mit Einfamilienhäusern geschehen soll, wenn sie von nachfolgenden Generationen nicht mehr nachgefragt werden.

Aus der Umsetzungsperspektive von Wohnungsunternehmen und anderen Immobilienbesitzern stellt sich allerdings die Frage der Finanzierung konkreter Maßnahmen für ein altersgerechtes Wohnen. Private Hauseigentümer, so die Aussage, beteiligen sich an der Umsetzung von Maßnahmen für altengerechtes Wohnen eher gar nicht. Dies behindere insgesamt die Konzeptidee, alte Menschen möglichst lange im Quartier zu halten. Hierzu entwickelt z.B. die AWO Angebote (etwa Wohngemeinschaften für demenzkranke Menschen). Unterstützt und weiterentwickelt werden diese Ansätze von der Plattform „Altersgerechtes Wohnen“. Zu ihr gehören Vertreterinnen und Vertreter verschiedener städtischer Amtsbereiche, freie Träger der Wohlfahrtspflege sowie die Wohnungsunternehmen. Ziel dieses von der Oberbürgermeisterin initiierten Austausches ist es, sich stärker miteinander zu vernetzen und sich über aktuelle Herausforderungen zu verständigen und zu beraten.

Als ein Strategiebaustein im Rahmen der interkommunalen Kooperation (siehe oben) wird der Städtebund Silberberg – ihm gehören neben Schwarzenberg die Städte Aue, Bad Schlema, Lauter-Bernsbach, Löbnitz und Schneeberg an – besonders hervorgehoben. Ziel des Bündnisses mit einer Einwohnerzahl von rund 60.000 ist es, gemeinsam die Funktion eines Mittelzentrums im Rahmen der Landesentwicklungsplanung zu übernehmen. Basis hierfür, so die Einschätzung, ist weniger die Konstituierung eines Planungsverbandes als vielmehr eine „einfache“ Kooperation, in der die Eigenständigkeit der beteiligten Kommunen erhalten bleibt. Die jeweiligen Hauptämter kooperieren beispielsweise in den Bereichen Kultur und Wirtschaft. Zu den verfolgten Zielen gehören die Planung gemeinsamer Gewerbegebiete und eine gemeinsame Flächennutzungsplanung. Ebenfalls im Raum steht die Idee der Weiterentwicklung des Städtebundes zu einer Einheitsstadt, an der sich jedoch die Städte Lauter-Bernsbach und Schwarzenberg unter anderem aus stadtgeschichtlichen Gründen nicht direkt beteiligen. Auch mit dem Landkreis wird kooperiert – beispielsweise im Bereich Schule, indem in Sonnenleithe eine Mittel- und eine Grundschule unter einem Dach zusammengefasst wurden.

2.4.3 Fazit/Schlussfolgerungen

Aus den Gesprächen in Schwarzenberg lassen sich besondere Herausforderungen und Rahmenbedingungen von Klein- und Mittelstädten ableiten:

- Die generelle Herausforderung Schwarzenbergs besteht darin, die Stadt trotz Schrumpfung und Alterung „am Leben zu halten“.
- Die Auseinandersetzung mit dem Thema Schrumpfung sollte sehr frühzeitig beginnen sowie intensiv und vorbehaltlos erfolgen. Die jeweils individuelle Situation sollte genau analysiert werden; mit den Ergebnissen ist „ehrlich“ umzugehen. Der Wandel sollte aktiv gestaltet werden.
- Alle Teilbereiche der Stadtentwicklung sind – unter anderem mit Blick auf Schrumpfung – als Gesamteinheit zu betrachten. Dabei sollte Stadtentwicklung unter Einbeziehung von Akteuren außerhalb von Politik und Verwaltung auf eine breite Basis gestellt werden.

- Durch unterausgelastete Infrastrukturen und die proportionale Zunahme sozial schwächerer Bevölkerungsgruppen – zu den „Abwanderern“ gehören vor allem jüngere, sozial stärkere Einwohnerinnen und Einwohner – kann es zu wachsenden finanziellen Belastungen der Kommune kommen.
- Mit dem Bevölkerungsrückgang verbunden war und ist eine sinkende Wohnungsnachfrage vor allem in Plattenbaubeständen – Leerstand gehört zu den Folgen, dem mit Abriss begegnet wurde und weiterhin begegnet wird.
- Insbesondere die Wohnungsbestände in den Plattenbauten (mit je drei bis vier Zimmern) entsprechen nicht mehr der Nachfrage vor allem nach kleineren (altengerechten) Wohnungen. Geeignete Anpassungsmaßnahmen wie die Verkleinerung von Großstrukturen und der (seniorengerechte) Umbau von Wohnungen sind kostenintensiv und daher zurzeit eher die Ausnahme.
- Das Konzept Quartiersmanagement lässt sich auch auf Stadtteile außerhalb der Programmkulisse Soziale Stadt übertragen.
- Zu den aktuellen Herausforderungen im lokalökonomischen Bereich gehört ein deutlicher Fachkräftemangel sowohl im produzierenden Gewerbe als auch im (sozialen) Dienstleistungsbereich. Nicht nur auf kommunaler, sondern auch auf den übergeordneten Ebenen von Bund und Ländern sollte die Auseinandersetzung mit dem Thema demografischer Wandel intensiviert werden.
- Die Ministerien auf Landesebene sollten integrativer arbeiten und ihre Förderprogramme besser aufeinander abstimmen.
- Förderinstrumente sollten weniger auf einzelne Facetten der Stadtentwicklung fokussiert sein; sie sollten vielmehr Kommunen stärker in die Lage versetzen, ganzheitlich zu agieren.
- Im Baugesetzbuch sind die Instrumente zur Gewährleistung eines gezielten, nachhaltigen Rückbaus zu überprüfen und weiterzuentwickeln.
- Von gesetzgeberischer Seite sollte interkommunale Kooperation als wichtiger Baustein für den Umgang mit Schrumpfung erleichtert werden.

Für den Umgang mit diesen Herausforderungen wurden und werden in Schwarzenberg im Wesentlichen folgende Strategien verfolgt:

- integrierte Stadtentwicklung und ressortübergreifende Zusammenarbeit;
- Steigerung der Attraktivität Schwarzenbergs;
- Rückbau;
- Anpassung von Wohnungsbeständen an Schrumpfung;
- Strategieansatz „Altersgerechtes Wohnen“ sowie
- interkommunale Kooperation.

Aus Sicht der befragten Akteure sind diese Strategieansätze erfolgreich, was die Sinnhaftigkeit ihrer kontinuierlichen Weiterentwicklung nicht ausschließt.

Insgesamt zeigt sich: Die Stadt Schwarzenberg reagiert mit einem umfassenden integrierten Ansatz auf die (nicht nur) mit Schrumpfung zusammenhängenden Herausforderungen der Stadtentwicklung. Zum kommunalen Handlungsalltag Schwarzenbergs gehören ein Integriertes Stadtentwicklungskonzept ebenso wie ressortübergreifende Verwaltungszusammenarbeit, die Beteiligung von Akteuren außerhalb von Politik und Verwaltung sowie der enge Schulterschluss von Oberbürgermeisterin und Amtsbereichen.

2.5 Rahmenbedingungen und Eckdaten in der Lutherstadt Wittenberg

Die Lutherstadt Wittenberg befindet sich im Landkreis Wittenberg im Bundesland Sachsen-Anhalt. Das Mittelzentrum verfügt über eine Fläche von 240 km² und ist insbesondere durch landwirtschaftlich genutzte Flächen

(49,8 %) und Wälder (33 %) geprägt (vgl. Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2015). Es verfügt über zwölf Ortschaften und 26 Ortsteile.

Laut der Gemeindestatistik lebten in Lutherstadt Wittenberg im Jahr 2015 knapp 48.400 Menschen. Die Einwohnerzahl ist – zum Zeitpunkt der Interviews 2015 – seit einigen Jahren rückläufig. Trotz Eingemeindungen bis 2010 sank die Zahl in einem Zeitraum von fünf Jahren (2010–2015) um 3 % (Stadt Wittenberg). Prognosen zufolge wird die Stadt auch weiterhin schrumpfen und 2025 rund 42.500 Bewohnerinnen und Bewohner zählen. Hinzu kommt, dass die Bevölkerung allmählich älter wird. Bereits in den letzten Jahren war ein Anstieg bei den über 65-Jährigen zu beobachten, bei gleichzeitigem Rückgang der unter 18-Jährigen. Dies bedeutet, dass im Jahr 2025 jeder Dritte in der Lutherstadt Wittenberg über 65 Jahre alt ist (vgl. Destatis 2015; Lutherstadt Wittenberg 2012a: 16).

Die Wanderungsbewegungen zeigen 2012/2013 positive Salden, wobei es Zuwanderungen in allen Altersgruppen gab. Aber vor allem die 30- bis unter 50-Jährigen entschieden sich für einen Wohnsitz in der Lutherstadt Wittenberg (vgl. Destatis 2015). Somit ist der allgemeine Bevölkerungsrückgang nicht mit einer überdurchschnittlich hohen Abwanderungsquote zu begründen. Er kann vielmehr auf das Geburtendefizit zurückgeführt werden.

Die Stadt ist durch Unternehmen der Chemieindustrie geprägt. Hinzu kommen eine breit aufgestellte mittelständische Industrie- und Gewerbelandschaft sowie Angebote im Bereich von Gesundheit und Bildung. Primär handelt es sich bei der Lutherstadt Wittenberg um einen Dienstleistungsstandort. Zu den größten Arbeitgebern gehören der Standort Piesteritz, die öffentliche Verwaltung und das Evangelische Krankenhaus Paul Gerhardt Stift (vgl. Lutherstadt Wittenberg 2012b: 15 ff.). Die Arbeitslosenquote hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Zur Jahrhundertwende lag sie noch bei 15,5 % und sank bis auf 10 % im Jahr 2011 und 8,5 % im November 2016 (vgl. ebd.: 25 f.). Eine positive Entwicklung zeigt sich bei den Leerstandsflächen im Einzelhandel. Waren hier 2012 noch 5.000 m² zu verzeichnen, wurden 2015 rund 3.500 m² als leer erfasst. Die Verbesserung soll mit der Eröffnung eines Einkaufszentrums zusammenhängen.

Die Zahl der Wohnungen hat sich in den letzten Jahren durch Stadtumbau-Ost-Maßnahmen verringert. Zunächst stand die Sanierung der Bausubstanz im Vordergrund. Anschließend wurden über das Programm Stadtumbau Ost von 2002 bis 2014 etwa 2.400 Wohnungen vom Markt genommen. Hierbei wurde darauf geachtet, dass sich der Abriss auf den Rückbau unsanierter Gebäude beschränkt. Dies ging einher mit einer Sanierung und Aufwertung von Plattenbaugebieten, einschließlich der öffentlichen Räume (z.B. Schaffen von Mietergärten). Allerdings zeichnete sich durch die Nachfrageentwicklung – junge Einwohnerinnen und Einwohner zogen dennoch ins Umland – ab, dass es weiterer Anpassungen auf dem Wohnungsmarkt bedarf, wie etwa der Stärkung von Mikrostandorten. In der Folge ging es für die Wittenberger Wohnungsbaugesellschaft um die Entwicklung solcher Standorte, sei es durch die Umwandlung einer ehemaliger Plattenbausiedlung zu Einfamilienhäusern oder die Sicherung nachhaltiger Standorte mit 1.000 bis 1.500 Wohneinheiten, an denen die Versorgungssituation (Einzelhandel, Kita) gesichert ist.

Hervorzuheben ist, dass die Zahl der Wohnungen mit vier Räumen zurückging, während sich die Zahl der Einraumwohnungen verdreifachte (vgl. Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2015). Laut Zensus 2011 betrug der Leerstand zu diesem Zeitpunkt etwa 7,4 %. Abriss von Wohnraum, Grundrissneugestaltungen, Barrierefreiheit und die Entwicklung von zukunftsfähigen Wohnmodellen werden auch zukünftig Aufgabe der Stadtentwicklung sein, um auf die demografische Entwicklung zu reagieren (vgl. Lutherstadt Wittenberg 2012a: 75). Zudem ist bereits jetzt spürbar, dass die Nachfrage

nach Bauland steigt, so dass zukünftig auch die Reaktivierung und Identifikation weiterer Flächen in den Fokus rücken.

2.5.1 Problemwahrnehmung in der Lutherstadt Wittenberg

Als ostdeutsche Stadt wurde Wittenberg in den 1990er-Jahren quasi über Nacht mit einem enormen Bevölkerungsrückgang konfrontiert. Infolgedessen war das Förderprogramm Stadtumbau Ost für die Stadtentwicklung in der jüngeren Zeit von erheblicher Bedeutung. Es zeigt sich, dass Schrumpfung zwar ein ganzheitliches Thema in der Stadt darstellt. Eine räumlich differenzierte Betrachtung ist aber notwendig, weil es auch wachsende Ortsteile – u.a. die Innenstadt – gibt. Es wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass es angesichts der unterschiedlichen Rahmenbedingungen differenzierter Herangehensweisen zur Gewährleistung akzeptabler Lebensbedingungen bedarf. Den einzelnen Ortsteilen wurde schon früh ein eigenes Budget für bestimmte Aufgabenbereiche eingeräumt, damit Entscheidungen vor Ort gefällt werden können. In einigen Ortsteilen werden noch neue Bauflächen ausgewiesen. Allerdings gibt es keine Aussagen und damit Informationen zur Nachfrage nach diesen Bauflächen.

Es wird in den Gesprächen berichtet, dass in Wittenberg sehr gut und viel mit einer Gesamtstrategie u.a. auf der Basis des Stadtentwicklungskonzepts gearbeitet wird. Um den Herausforderungen infolge von Schrumpfung und demografischem Wandel zu begegnen, sind frühzeitig kooperationsfördernde Strukturen geschaffen worden. Bereits 1994 wurde anlässlich der Leerstände und des anstehenden Rückbaus die „Kleine Lenkungsrunde“ ins Leben gerufen. Sie setzt sich zusammen aus Akteuren von sozialen Trägern, Wohnbaugesellschaften und der Stadtverwaltung. Heute tagt sie regelmäßig vier- bis fünfmal im Jahr. Kern des Stadtumbau-Prozesses war es zunächst, unter einer externen Moderation alle Akteure und Eigentümer an einen Tisch zu bekommen.

Des Weiteren gibt es eine „Große Lenkungsrunde“, die sich aus den Mitgliedern der Kleinen Lenkungsrunde sowie Akteuren aus der Stadtpolitik und den im Rat vertretenden Fraktionen, Ortsbeiräten und der Sparkasse zusammensetzt. Dieser Kreis ist wiederum aus der Lenkungsrunde zur Internationalen Bauausstellung (IBA) (s.u.) hervorgegangen, tagt aber nicht mehr regelmäßig. Aufgabe und Ziel dieser Runde ist die Begleitung des kommunalen Gesamt- und Entwicklungsprozesses. Außerdem soll sie dazu beitragen, den Prozess und seine Notwendigkeit im öffentlichen Bewusstsein zu verankern und für Verständnis zu werben.

Im Rahmen des üblichen Verwaltungshandelns finden jeden Montag eine interne Runde der Fachbereichsleitungen (FBL) und jeden Donnerstag eine reguläre Dienstbesprechung zwischen den Fachbereichsleitungen und dem Oberbürgermeister (OB) statt. Inhalte sind das „Tagesgeschäft“, somit werden hier zum Teil auch Themen rund um Schrumpfung aufgerufen. Eigentlich sei das Thema Schrumpfung mit den damit verbundenen Herausforderungen aber dem Fachbereich Stadtentwicklung zugeordnet, erläutert ein Gesprächspartner².

² Die genannten themenübergreifenden Gesprächsrunden innerhalb der Verwaltung haben sich mit den Amtsantritten des Oberbürgermeisters und des Bürgermeisters (BM) geändert. Mit der Neubildung des Geschäftsbereiches II wurden die baubetreffenden Fachbereiche Stadtentwicklung, Öffentliches Bauen und Gebäudemanagement unter der Führung des neuen „Baubürgermeisters“ Herrn Kirchner zusammengeführt, um die Kommunikation und die Schnittmengen zwischen den Themen noch besser zu koordinieren. Die reguläre Dienstbesprechung zwischen OB/BM und FBL findet nun donnerstags statt (Hinweis der Stadt Wittenberg im Februar 2016).

Während die haushälterischen Auswirkungen (noch) als eher marginal bezeichnet werden, wird im Bereich der Infrastrukturen durchaus auf eine erforderliche Sensibilisierung hingewiesen. Dies gilt z.B. für die (auch finanziellen) Herausforderungen aufgrund überdimensionierter Abwassersysteme und die damit einhergehenden steigenden Gebühren für die Nutzerinnen und Nutzer. Betont werden Nachwuchsprobleme (vor allem in den Dörfern) für Sportvereine, Politik oder Musikkapellen. Als problematisch wird dies in erster Linie in Bezug auf die Feuerwehr gesehen, zumal Schrumpfung nicht gleichzusetzen ist mit sinkendem Gefahrenpotenzial. Kooperationen finden vereinzelt statt (s.u.), jedoch werden Lösungsansätze, beispielsweise in Form der Zusammenlegung von Einheiten/Stützpunkten als Antwort auf Schrumpfungsprozesse, noch durch starre Vorgaben (von oben) gebremst.

Bürgerinnen und Bürger werden mit unterschiedlichen Formaten und zu unterschiedlichen Anlässen bzw. Themen einbezogen, wie einhellig berichtet wird. Als Beispiele werden Stadtforen und Stadt(teil)gespräche angeführt. Inhaltlich gibt es Beteiligungsansätze bei der Baukultur und der Schlosssanierung, aber auch in den Ortsteilen bei Dorfgemeinschaftshäusern oder Kirchen. Im Zuge des demografischen Wandels werden aktuell bessere Anbindungen zwischen Ortsteilen und der Kernstadt durch E-Bikes, Rundtour- und Radwege gemeinsam mit der Bürgerschaft diskutiert. Konsens herrscht darüber, dass bei bestimmten Themen (z.B. Kooperation Freiwilliger Feuerwehren) auch die Mitwirkung und Mitentscheidung der Betroffenen erforderlich sind.

Problematischer sieht das Gros der Gesprächspartnerinnen und -partner die Situation bezüglich der Fachkräfte. Zwar gibt es Einzelstimmen, die darauf hinweisen, dass durch Schrumpfungsprozesse Arbeitsplätze sicherer werden und die Lebensqualität (gute Erreichbarkeiten, ausreichend Kindergartenplätze) steigen könnte. Auf der anderen Seite gibt es bereits eine Reihe unbesetzter Ausbildungsplätze v.a. im Handwerk sowie Abwerbungsprozesse größerer Unternehmen.

2.5.2 Konzepte und Strukturen

Nicht zuletzt aufgrund des Stadtumbaus reagierte die Stadt Wittenberg auf die Herausforderungen schon früh mit strategischen und integrierten Konzepten. So wurde das Stadtentwicklungskonzept (STEK) mit mehreren Teilkonzepten bereits diverse Male fortgeschrieben. Bei der Fassung 2012 handelt es sich um die vierte Fortschreibung – und sie erfolgte in mehreren Teilfortschreibungen:

- Teilfortschreibung Zentrenkonzept;
- Teilfortschreibung Stadtumbau;
- Teilfortschreibung Wirtschaft;
- Teilfortschreibung Verkehr sowie
- Teilfortschreibung Gemeinwesen inklusive Sportstättenkonzeption (in Bearbeitung)³ (vgl. Lutherstadt Wittenberg 2012b: Stadtentwicklungskonzept, 4. Fortschreibung 2011. Teilfortschreibung Stadtumbau: 3).

Insbesondere die Teilfortschreibung zum Stadtumbau setzt sich (naturgemäß) mit den Themen Demografie und Schrumpfung auseinander. Entsprechend wurden die Basisdaten zur Einwohnerzahl und zur natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegung fortgeschrieben, außerdem wurden die Bevölkerungsprognose aktualisiert und ein Abgleich mit der realen Entwicklung vorgenommen (ebd.).

3 Zusätzlich liegt ein Entwurf der Fortschreibung des Teils Klimakonzept vor (Entwurfsbericht von 2015).

Nach Aussagen in den Interviews dient das STEK als Grundlage für viele Entscheidungen. Es wird auch von den unterschiedlichen Abteilungen akzeptiert und berücksichtigt, u.a. bei der Erstellung von Ratsvorlagen. Als zusätzlich hilfreich werden die im Konzept enthaltenen Informationen zum Einsatz von Fördermitteln gesehen.

Seit dem Jahr 1997 ist die Innenstadt Wittenbergs Welterbe. Entsprechend ist es erklärtes Ziel von Politik und Verwaltung, der Innenstadt bei Entscheidungen entsprechende Bedeutung einzuräumen. Beispielhaft genannt seien hier der Campus Wittenberg sowie das Colleg Wittenberg. Damit verbunden wird auch die Aussicht auf Stärkung des Umlandes durch ein starkes Zentrum.

Äußerst positiv fallen die Aussagen zum IBA-Prozess für die Stadt aus (vgl. IBA Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010). Die IBA wird von vielen Gesprächspartnerinnen und -partnern als Bereicherung, Türöffner und Anstoß zum Paradigmenwechsel für die Verwaltung, aber auch für die Politik beschrieben. So sei das Thema Schrumpfung erst dadurch vollumfänglich auf die Tagesordnung gerückt.

Folgende Ziele, Ansätze und Bausteine, die aus dem IBA-Prozess hervorgegangen sind, lassen sich als für die Stadt bedeutsam ableiten:

- Konzentration auf 2017 mit dem Reformationsjubiläum/der Lutherdekade 2008–2017;
- Campus Wittenberg;
- Gründung des Kompetenzzentrums Stadtumbau für Sachsen-Anhalt mit dem Ziel, Erfahrungen aus dem IBA-Prozess zu erhalten und weiterzuentwickeln sowie zur Verstetigung der Prozesse beizutragen.

Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass aus der IBA zwar keine neuen Kooperationen mit anderen Städten entstanden sind und es naturgemäß bei Konkurrenzen blieb, dass diese Konkurrenzen sich aber relativiert haben.

Auch die Wirtschaftsförderung wird als strategischer Baustein gesehen und genutzt, um z.B. Schrumpfung und Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Die in der Vergangenheit erfolgten Eingemeindungen werden ebenfalls als strategische Reaktion auf Schrumpfung verstanden. Bemängelt wird dabei aber die Kommunikation seitens der Landesebene. So sei die Zuordnung von Ortschaften nicht immer nachvollziehbar, dies führe zu Identifikations- und Abstimmungsproblemen. Es zeigt sich, dass man seitens der Stadt sehr bemüht ist, die Ortslagen mit ihren „Eigenarten“ trotz nicht zu verkennender Probleme im Einzelfall zu verstehen und „mitzudenken“. So wurde als Angebot der Verwaltung „vor Ort“ z.B. der mobile Bürgerkoffer, quasi ein „mobiles Einwohnermeldeamt“, entwickelt.

Um den Entwicklungen und Veränderungen zu begegnen, gibt es eine Reihe von Kooperationsansätzen. So wurden z.B. drei bis vier Kernstandorte für Grundschulen definiert, die erhalten werden sollen, und mit einer Nachbargemeinde bei der gegenseitigen Versorgung mit Schulplätzen kooperiert, um die Wege für die betroffenen Schülerinnen und Schüler möglichst kurz zu halten. Des Weiteren bestehen hinsichtlich der Freiwilligen Feuerwehr Kooperationsvereinbarungen mit Nachbargemeinden – auch über Landesgrenzen hinweg –, um die Einsatzfähigkeit zu sichern. Kooperationen werden auch im Bereich der Wirtschaftsförderung angesprochen. Außerdem wurde ein Runder Tisch eingerichtet, an dem sich Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Städte im Landkreis sowie der Landrat austauschen. Angesprochen wird eine erhöhte Kooperationsnotwendigkeit, z.B. im Bereich der Gewerbesteuer.

2.5.3 Fazit/Schlussfolgerungen

Folgende wesentlich erscheinende Aspekte werden aus den Gesprächen in der Lutherstadt Wittenberg als besondere Herausforderungen und Rahmenbedingungen von Klein- und Mittelstädten abgeleitet:

- Trotz offensichtlicher Schrumpfungprozesse in der Vergangenheit weisen die Zeichen in der Stadt auf Konsolidierung, Anpassung und in Teilen auch Wachstum.
- Schrumpfung ist räumlich unterschiedlich ausgeprägt, wobei die Dörfer eher verlieren und die Zentren gewinnen. Entsprechend differenzierte Lösungen sind erforderlich.
- Wohnungsleerstand entsteht nicht nur infolge Bevölkerungsrückgangs, sondern in Teilen auch aufgrund einer Differenz zwischen einerseits tatsächlich vorhandenen und andererseits nachgefragten Wohnungstypen. Die aktuelle Förderprogrammatische erschwert durch starre Förderkriterien in Teilen das konstruktive und zielgerichtete Arbeiten vor Ort. Größere Verantwortung auf lokaler Ebene würde die kommunale und politische Kompetenz stärken. Dadurch wäre es möglich, bei speziellen Bedarfen (z.B. „Schrottimmobilien“) zielgerichteter zu handeln.
- Das Zusammenwirken mit und zwischen den Ortsteilen wird durch Auflagen „von übergeordneten Ebenen“ nicht immer erleichtert. Förderansätze mit informellen Inhalten, wie die IBA oder die Nachfolgeeinrichtung Kompetenzzentrum Stadtumbau des Landes Sachsen-Anhalt, geben hingegen Denkanstöße und unterstützen Kooperation.
- Es scheinen Anreize zu fehlen, Umzüge von Einwohnerinnen und Einwohnern zu „versüßen“.
- Bei der Kommunikation von Schrumpfungprozessen ist Transparenz unumgänglich.
- Interkommunale Kooperation ist ein wichtiges Instrument, für das es gute Ansätze gibt. Es wird aber noch nicht umfassend genutzt.

Zu den bereits entwickelten und angewandten Strategien, mit denen die Stadt diesen Herausforderungen begegnet, gehören:

- Schrumpfung als langfristiges Geschehen und nicht als punktuell be- greifen;
- Erarbeitung des Integrierten STEK und seine Berücksichtigung bei jeder Beschlussvorlage;
- unterschiedliche ämterübergreifende Arbeitsrunden;
- Ausnutzen der kurzen Wege im Haus und Verfolgen eines integrierten Ansatzes innerhalb der Verwaltung und mit den zu beteiligenden Akteuren (Wohnungswirtschaft, Träger usw.);
- Handeln im Konsens, auch wenn dies zunächst mehr Aufwand erfordert;
- Konzentration auf eine Stärkung des Zentrums, ohne die Identitäten der Ortschaften zu negieren;
- Prozess-Moderation von außen.

Insgesamt zeigt sich: Die Lutherstadt Wittenberg ist in den vergangenen Jahren sehr offensiv, vorausschauend und zielgerichtet mit Schrumpfung und Stadtumbau umgegangen.

Das Alleinstellungsmerkmal Lutherstadt wird geschickt und sinnvoll genutzt – zur Aufwertung, für das Image, den Tourismus, die Innenstadtstärkung usw. Diese Thematik sollte im Hinblick auf die Frage der Weiterentwicklung nach dem Jubiläumsjahr 2017 behandelt werden. Auch hierbei bietet das STEK eine gute und akzeptierte Hilfestellung.

2.6 Stimmen aus der Politik

In den fünf mitwirkenden Städten wurden alle Fraktionen kontaktiert und gebeten, einen Kurz-Fragebogen auszufüllen. Je nach Wunsch der jeweiligen Stadt erfolgte dies unmittelbar über das Difu oder aber über die Ansprechpartnerinnen und -partner vor Ort. Entsprechend wurde die genaue Anzahl der kontaktierten Personen nicht erfasst. Rückmeldungen gingen von zwölf Personen/Fraktionen ein. Aus einer Stadt erfolgte keine Rückmeldung. Im Schnitt haben sich somit vier Fraktionen pro Stadt geäußert.

Die Fragen an die Politik konzentrierten sich bewusst auf die Aspekte Wahrnehmung von und Umgang mit Schrumpfung und demografischem Wandel. Einzelne Ergebnisse werden im Folgenden kurz zusammengefasst wiedergegeben.

Der erste Block des Fragebogens war mit der Überschrift versehen: „Ist der demografische Wandel in Ihrer Kommune eine Herausforderung?“. Die Antworten zeigen, dass eine solche zwar zumeist wahrgenommen wird (sieben Nennungen), allerdings nur etwa ein Drittel der Antwortenden ein „starkes“ Problem sieht. Eine Person/Fraktion sieht hier ein eher marginales Problem.

Zusätzlich wurde darum gebeten, die Positionierung kurz zu erläutern. Zusammenfassend lässt sich aus den Erläuterungen ableiten:

- Tendenziell scheinen in den Städten die Themen Schrumpfung und Demografie richtigerweise zusammen gesehen zu werden. Die Beschreibungen stehen für eine realistische Einschätzung der Situation.
- Vereinzelt wird die Problemlage aber auch relativiert, indem auf einen bundesweiten Trend oder auf eine räumlich differenzierte Entwicklung hingewiesen wird; in einigen Fällen werden die Folgen als erst zukünftig relevant eingestuft.
- Grundsätzlich werden größere Probleme für das Umland der jeweiligen Kommune gesehen.

Bei der Frage, ob (Über-)Alterung der Bevölkerung eine Herausforderung darstellt, ist das Meinungsbild noch eindeutiger: Für fünf Personen/Fraktionen trifft dies „stark“ zu, für sieben trifft es zu.

Auch hier wurde gebeten, die Positionierung kurz zu erläutern („Bitte erläutern Sie kurz Ihre Einschätzung, u.a. im Hinblick auf die damit verbundenen Auswirkungen“). Zusammenfassend kann man feststellen:

- Als Reaktion auf die möglichen Auswirkungen wird ein Katalog an wünschenswerten Entwicklungen und Angeboten formuliert. Diese beziehen sich auf Wohnangebote, aber auch auf die Bereiche Infrastruktur und Arbeiten. In einigen Statements wird trotz des Bevölkerungsrückgangs in der Erweiterung des aktuellen Angebots ein adäquates Mittel gesehen, der Abwanderung und den Folgen der demografischen Entwicklung entgegenzuwirken.
- An einer Stelle wird selbstkritisch die Forderung an die Politik gestellt, mehr zu tun, um junge Menschen für ein Engagement zu gewinnen.
- Auch bei diesem Aspekt werden die Probleme primär im Umland gesehen (z.B. Angebote für Jugendliche, Erreichbarkeit für Ältere, Nachbesetzung in Vereinen).

Bei der Frage, ob der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter an der Gesamtbevölkerung als unproblematisch eingeschätzt wird, zeigen die Antworten eine große Streuung. Aussagen zu den Ursachen hierfür wären an dieser Stelle sehr spekulativ. Es wird daher auf eine Interpretation verzichtet.

Zusätzlich wurde gebeten, die Positionierung kurz zu erläutern („Bitte erläutern Sie kurz Ihre Einschätzung, u.a. im Hinblick auf die Verfügbarkeit von

Fachkräften bzw. den Fachkräftemangel"). Aus den Antworten lässt sich ableiten:

- Die Wahrnehmung ist differenziert. Während insbesondere in einer Stadt die Situation (noch) als sehr entspannt eingestuft wird, wird sie in den anderen Städten als eher kritisch beschrieben.
- Thematisiert werden einerseits die geringe Zahl an Arbeitsplatzangeboten in hochqualifizierten Berufsfeldern und andererseits ein spürbarer Mangel an Auszubildenden und Fachkräften.

Die Antworten auf die Frage, inwieweit die Auswirkungen des demografischen Wandels in der Kommune (und ihrem Umfeld) räumlich differenziert zu sehen sind, fallen in der Tendenz eindeutig aus. Zwei Personen/Fraktionen antworten darauf mit „trifft stark zu“, neun Personen/Fraktionen mit „trifft zu“, nur eine Person/Fraktion mit „trifft weniger zu“.

Wiederum wurde gebeten, die Positionierung kurz zu erläutern („Bitte erläutern Sie kurz Ihre Einschätzung, u.a. im Hinblick auf das Verhältnis zwischen den Ortsteilen und der Kernstadt“). Zusammenfassend lässt sich ableiten:

- Erwartungsgemäß wird primär ein Problem für die Ortsteile und die ländlichen Räume gesehen.
- Nur vereinzelt werden auch sichtbare Probleme in der Kernstadt konstatiert.
- Zum Teil werden potenzielle Probleme aber auch sehr relativiert (Hauskauf/-verkauf = kein Problem: „noch gibt es keine Probleme“ oder „die Mischung ist ausgewogen“).

Auch bei der Frage nach den Auswirkungen des demografischen Wandels auf Rolle, Funktion und Position der Gemeinde in der Region sind die Einschätzungen vergleichsweise unterschiedlich („trifft stark zu“: 2, „trifft zu“: 5, „trifft weniger zu“: 3, „trifft nicht zu“: 1).

Aus den hier ebenfalls erbetenen Erläuterungen und Aussagen zu denkbaren Entwicklungsansätzen lässt sich ableiten:

- Es gibt Befürworter und Gegner weiterer Verwaltungsgebietsreformen.
- Zum Teil werden Mindestgrößen angesprochen, um den Infrastrukturstandard halten zu können bzw. sich nicht durch übermäßige Konkurrenz gegenseitig zu schaden.
- Mehrfach wird die Situation durch einen Vergleich mit der Region relativiert.

Ein zweiter Block von Fragen war mit: „Inwieweit sind die Themen demografischer Wandel und Schrumpfung handlungsleitend für Politik und Verwaltung?“ überschrieben.

Die Relevanz des Themas Demografie für Politik und Verwaltung wird vergleichsweise heterogen eingeschätzt („trifft stark zu“: 4, „trifft zu“: 3, „trifft weniger zu“: 4, „trifft nicht zu“: 1).

In den erbetenen zusätzlichen Erläuterungen wird ausgeführt:

- Eine Reihe „akuter“ und konkreter Anlässe, Themen und Entwicklungen überlagert aktuell das Thema Demografie und drängt es damit tendenziell in den Hintergrund.
- Gleichzeitig wird aber ein zunehmender Handlungsbedarf, wenn nicht gar Handlungsdruck festgestellt.

Die Antworten auf die gleiche Frage zum Thema Schrumpfung stellen sich differenzierter dar (2/2/5/1). So scheint dieses Thema zumindest weniger stark auf der Tagesordnung zu stehen bzw. im Bewusstsein zu sein. Dieses Ergebnis spiegelt auch die Einschätzungen im ersten Frageblock wider.

Aus den Erläuterungen der jeweiligen Einschätzung lässt sich folgern:

- Schrumpfung und demografischer Wandel werden als miteinander verknüpfte Themen gesehen.
- In zeitlicher Hinsicht wird das größere Problem in der Zukunft gesehen, und in räumlicher Hinsicht wird es vor allem dem Umland zugeordnet.
- Vereinzelt werden Zuwanderung und Flüchtlinge als Elemente einer Minderung des Problems der Schrumpfung angeführt.

Die Antworten auf die Frage nach dezidierten Strategien zum demografischen Wandel weisen darauf hin, dass die Herausforderungen nicht nur bewusst – oder bekannt – sind, sondern überwiegend auch strategisch angegangen werden („trifft stark zu“: 0, „trifft zu“: 7, „trifft weniger zu“: 3, „trifft nicht zu“: 1).

Erläutert wird in diesem Zusammenhang:

- Instrumente zur Bewältigung sind sowohl sektorale wie auch integrierte Handlungskonzepte.
- In Teilen wird ein noch stärkerer Handlungsbedarf konstatiert.

Die Antworten auf die gleiche Frage, nun aber mit dem Schwerpunkt Schrumpfung, sind – nach den bisherigen Ausführungen erwartungsgemäß – etwas weniger deutlich. Akuter Handlungsbedarf wird weniger gesehen. Dementsprechend sind explizite Gegenstrategien in geringerem Maß vorhanden.

- Es wird zwar Handlungsbedarf gesehen; virulente andere Themen lassen „Schrumpfung“ aber etwas in den Hintergrund treten.

Wie die Interviews auch zeigen, wird der Aspekt Demografie in Handlungskonzepten (soweit vorhanden) mitgedacht: „trifft stark zu“: 1, „trifft zu“: 7, „trifft weniger zu“: 3, „trifft nicht zu“: 1.

- Es wird deutlich, dass das Thema eher projektbezogen mitgedacht wird.
- Vereinzelt wird allerdings darauf hingewiesen, dass eine Verankerung in Konzepten bislang nicht stattfindet – oder dies zumindest nicht bekannt ist.

Bei dem Thema Schrumpfung erklären dagegen 50 % der Antwortenden, dass eine Verankerung der Thematik in Konzepten „nicht“ oder nur „wenig“ gegeben ist.

- Ausweisungen von Wohngebieten und die Entwicklung von Flächen werden an unterschiedlichen Standorten als konzeptioneller Ansatz zum Umgang mit Schrumpfung wahrgenommen.
- Zum Teil sind konzeptionelle Ansätze nicht bekannt.

Die Antworten auf die Frage nach einem derzeit gegebenen (erforderlichen) integrierten Umgang mit dem Thema Demografischer Wandel zeigen, dass einerseits weit mehr als die Hälfte der Auffassung ist, das Thema betreffe alle Verwaltungsbereiche gleichermaßen. Andererseits findet immerhin ein Viertel, dass dies gar nicht der Fall ist.

Bei derselben Frage zum Thema Schrumpfung ist die grundsätzliche positive Einschätzung schwächer ausgeprägt, liegt aber immer noch bei 50 %.

Die abschließenden Fragen, ob für den Umgang mit (a) dem demografischen Wandel, (b) Schrumpfung eine ämterübergreifende Zusammenarbeit erforderlich sei, werden für beide Themen gleich eingeschätzt: zweimal: „trifft stark zu“ und neunmal „trifft zu“.

Daraus lässt sich schließen:

- Grundsätzlich ist der Tenor zu bereits verankerten integrierten Ansätzen positiv.
- Zum Teil werden auch beispielhaft Strukturen genannt.
- Aus einzelnen Statements lässt sich aber auch ableiten, dass die tatsächliche Verankerung nicht wirklich bekannt oder bewusst ist und daher mehr Zusammenarbeit als wünschenswert eingestuft wird.

Wie dargestellt, reicht das Datenmaterial nicht aus, um aussagekräftige Ableitungen für jeden Standort einzeln zu treffen. Es zeigt sich aber durchaus nicht sehr überraschend, dass es Unterschiede in der Wahrnehmung und Handlungsbereitschaft innerhalb der Politik und auch zwischen Politik und Verwaltung gibt.

3. „Querschau“ der Fallstudien

Die folgende „Querschau“ stellt zusammenfassend Erkenntnisse nebeneinander, die sich aus den Interviews – dabei muss es sich nicht immer um einen Konsens aus allen Gesprächen handeln – und aus sonstigen Erhebungen in den Städten ableiten lassen. Es hat sich erwartungsgemäß gezeigt, dass trotz eventuell ähnlicher Problemlagen doch sehr unterschiedliche Rahmenbedingungen vorliegen können. Dies betrifft auch die differierende Situationswahrnehmung vor Ort.

Zu erwähnen ist an dieser Stelle auch noch einmal, dass die Interviews vor dem Eintritt der großen Flüchtlingsbewegung ab Sommer 2015 geführt wurden. Einzelne Städte sehen in den aktuellen Entwicklungen durch die Zuwanderung Potenzial zur Umkehrung bisheriger Schrumpfungstendenzen.

Parallelen bei den Überschneidungen der Aussagen zum Umgang mit Schrumpfung und Peripherisierung werden im Folgenden dargestellt.

3.1 Verwendung der Begriffe Schrumpfung und Peripherisierung

Es bestätigt sich, dass der einleitend eingeführte Begriff Peripherisierung bei den lokalen Akteuren im aktiven Sprachgebrauch keine Rolle spielt. Zwar wurde die eingangs vorgestellte inhaltliche Auslegung von einigen Gesprächspartnerinnen und -partnern als nachvollziehbar, sinnvoll, wenn nicht gar notwendig und „interessant“ im Rahmen der Interviews gemeinsam diskutiert. Grundsätzlich wird der Begriff aber als sehr „akademisch“ empfunden. Es handelt sich eher um ein „Nebenthema“ – verständlicherweise orientieren sich die lokalen Akteure an den tatsächlichen Entwicklungen vor Ort. Es ist absehbar, dass sich der Begriff aktuell nicht als handlungsorientierendes Paradigma in der Praxis durchsetzen wird und zunächst der wissenschaftlichen Reflexion vorbehalten bleibt. Dies ist keineswegs kritisch zu sehen oder zu werten, relativiert aber seine Anwendbarkeit.

Anders sieht dies bei dem Begriff Schrumpfung aus: Dabei handelt es sich nach Wahrnehmung fast aller Gesprächspartnerinnen und -partner um einen „Alltagsbegriff“, der durchaus Gegenstand von Konzeptionen, Strategien und Abstimmungen ist. Dabei wird der Begriff häufig synonym mit dem Begriff Demografischer Wandel genutzt – unter anderem vor dem Hintergrund, dass Schrumpfung oft eher negativ konnotiert wird, wohingegen „demografischer Wandel“ in der Bewertung neutraler wirkt.

Damit lässt sich festhalten: Alle projektbeteiligten Städte setzen sich – wenn auch in unterschiedlicher Intensität und Fokussierung (z.B. auf seniorenge-

rechtes Wohnen, Anpassung von Infrastrukturen, sektorale Konzepte) – grundsätzlich mit den demografischen Entwicklungen im weitesten Sinne und damit auch mit Schrumpfung auseinander. Dies erfolgt in der Regel praxis- und projektbezogen und vorrangig mit Blick auf statistische Analysen oder Befundlagen. Qualitative Komponenten, die der Begriff Peripherisierung auch umfasst, spielen dabei kaum eine Rolle.

3.2 Befundlage zu Schrumpfung und Peripherisierung

In allen am Projekt teilnehmenden Städten wurden zum Zeitpunkt der Interviews ein „gefühlter“ und ein faktischer Bevölkerungsrückgang konstatiert, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Spürbar, thematisiert und diskutiert wurde dieser vielfach im Kontext von „Brain-drain“ und einem damit einhergehenden Fachkräftemangel. Festgestellt wurde dieser Fachkräftemangel zum einen im Zuge von Ausschreibungen für Personal in den Verwaltungen, zum anderen auch allgemein bezogen auf den lokalen Arbeitsmarkt. Als weitere Facette von Schrumpfung wurde die zunehmende Unterauslastung von Infrastruktureinrichtungen angeführt. So werden Schließungen oder Zusammenlegungen von Schulen, vereinzelt auch von Sportvereinen, sehr wohl als Konsequenz des demografischen Wandels im Sinne abnehmender Bevölkerungszahlen wahrgenommen.

Ausmaß und Bedeutung des Wohnungsleerstandes sind in den Fallkommunen unterschiedlich. In Teilen ist sogar von einer grundsätzlich ausreichenden Zahl an Wohnungen die Rede, die allerdings teilweise nicht über die erforderlichen Größen, nachgefragten Zuschnitte, Ausstattungen oder Lagen verfügen. Dies kann auch als Anzeichen des demografischen Wandels (mit Blick auf Familiengröße, Erreichbarkeit, Barrierefreiheit usw.) verstanden werden. Als Reaktion darauf spielen die gewünschte oder gar faktische Ausweisung von Bauland (um der sich wandelnden Nachfrage gerecht zu werden) bzw. der Um- oder Neubau senioren- und/oder familiengerechter Wohnungen vielfach eine Rolle. Solche Maßnahmen werden als Lösungsansatz aber durchaus kontrovers diskutiert.

Dabei wurde durchweg die Gefahr von Leerstand und Ausdünnung konstatiert, allerdings in erster Linie für die (dörflichen) Ortslagen. Dort werden bereits Leerstände, ein Wegbrechen der Nachbarschaften, des Vereinslebens und der Feuerwehren oder Probleme bei der infrastrukturellen Versorgung spür- und sichtbar. Gerne wird dieses Phänomen dabei in die Zukunft („wird ein Problem werden“) oder aber in den Nachbarort („dort ist es viel schlimmer“) verschoben – dies relativiert vermeintlich den akuten Handlungsbedarf vor Ort.

3.3 Bedeutung von und Umgang mit Schrumpfung und Peripherisierung

Wie bereits dargestellt, spielt der Begriff Peripherisierung so gut wie keine unmittelbare Rolle vor Ort. Allerdings erhält Peripherisierung eine indirekte (inhaltliche) Bedeutung im Rahmen der integrierten Stadtentwicklung, insbesondere beim Stadtbau Ost. Dort wird in teilräumlichen Konzepten auf die aktuellen Entwicklungen eingegangen.

Offensichtlicher wahrgenommen wird der demografische Wandel. Dieser wird vielfach in Einzelprojekten mitgedacht, ohne ein abgeschlossenes oder verabschiedetes Demografie-Konzept als Dach oder Orientierungsleitlinie zu haben. Relevant ist die Thematik implizit im Rahmen sektoraler oder sozialer Infrastrukturplanungen (deutlich seltener bei der technischen Infrastruktur – hier werden Anpassungsnotwendigkeiten eher mit technischen

Entwicklungen als mit einer veränderten Bevölkerungsstruktur begründet). Konzepte zur Entwicklungsbedarfsplanung von Kitas, Schulen, Spielplätzen oder Sportflächen berücksichtigen naturgemäß die Bevölkerungsstruktur. In diesen Bereichen scheint es entsprechend eine höhere Sensibilisierung für mögliche Probleme zu geben.

Der demografische Wandel wird eher als ämterübergreifendes Querschnittsthema verstanden und findet entsprechend bei ämterübergreifenden Gremien – bei Bedarf – Beachtung, ohne aber einen eigenen „Fürsprecher“ oder eine geregelte Zuständigkeit aufzuweisen. Vereinzelt wird den mit dem demografischen Wandel einhergehenden Herausforderungen mit intraregionaler Zusammenarbeit begegnet. Diese erfolgt aber eher punktuell.

So wurde in den Fallkommunen bereits mit einer Reihe von Maßnahmen auf die sich wandelnde Bevölkerungszusammensetzung reagiert. In den ostdeutschen Kommunen erfolgte dies sehr umfassend durch den Rückbau von Wohnflächen und Infrastruktur im Rahmen des Stadtumbaus Ost. In den westdeutschen Kommunen, in denen sich der Bevölkerungsrückgang noch mehr als schleichender Prozess darstellt, sind es bislang weniger bauliche als vielmehr konzeptionelle Ansätze, mit denen auf die aktuellen Entwicklungen reagiert wird.

3.4 Bewertung des Umgangs mit den Herausforderungen durch die Interviewten

Die aktuellen Herausforderungen durch Schrumpfung, demografischen Wandel und Peripherisierung werden allorts wahrgenommen. Dagegen wird der „akute“ Problem- und Handlungsdruck nur partiell als hoch eingestuft. Nicht selten überlagern „akutere“, stärker spürbare Herausforderungen die „gefühlte“ Notwendigkeit, kurzfristig zu reagieren. Gleichwohl gibt es viele Aussagen, die sich für eine Optimierung beim Umgang mit den Entwicklungen im Rahmen des demografischen Wandels aussprechen. Dies wird anhand unterschiedlicher Beispiele mehrfach thematisiert. Nicht selten sind es Akteure aus dem Sozialbereich, die durch die bereits erfolgte Schließung von Einrichtungen (z.B. Schulen, Jugendeinrichtungen) hier wahrscheinlich einen höheren Handlungsdruck verspüren.

Handlungsdruck sieht das Gros der Gesprächspartnerinnen und -partner allerdings hinsichtlich einer Optimierung des Zusammenwirkens zwischen den Ortsteilen und der Kernstadt. Aktuell nehmen sich die handelnden Akteure hier fallweise eher als Konkurrenz denn als Partner wahr. Entsprechend wird mehrfach konstatiert, dass das aktuelle Agieren und Konkurrieren sich eher negativ auf die Gesamtsituation auswirkt und wenig Lösungsorientierung aufweist.

Zusätzlich werden die Kommunikationsstrukturen der Verwaltung vielfach als verbesserungswürdig empfunden: Trotz guter Erfahrungen beim ämterübergreifenden Austausch werden zum Teil mehr „gleiche Augenhöhe“ und eine verbesserte Einbindung relevanter Ämter gewünscht. Auch die Austauschformate mit externen Akteuren gelten mancherorts als verbesserungsfähig. Selbstverständlich wird auch die Zusammenarbeit zwischen Politik und Verwaltung angesprochen. Vergleichsweise häufig werden im Hinblick auf vertrauensvolles und gleichwertiges Miteinander Verbesserungsbedarfe konstatiert. Im Einzelfall werden außerdem Strategien und Konzepte vermisst, bzw. es wird kritisiert, dass diese nicht „gelebt“ werden und nicht verinnerlicht sind – auch wenn sie eventuell ämterübergreifend erarbeitet wurden.

3.5 Forderungen aus den Gesprächen an Bund und Länder

In den Fallbeispielen wurde betont, dass Programme oder Anreize, z.B. eine IBA oder REGIONALE, zum Experimentieren anregen und Projekte und Denkweisen ermöglichen, die herkömmlich wahrscheinlich nicht zustande gekommen wären. Entsprechend sind solche Programmatiken gerade für kleinere und mittlere Städte auszubauen und gegebenenfalls auch zu begleiten.

Damit geht einher, dass es einen Bedarf an Förderprogrammen und Instrumenten explizit für Klein- und Mittelstädte gibt. Aktuell sind die Inhalte von Förderprogrammen gewollt oder ungewollt stark an den Gegebenheiten von Stadtteilen und Großstädten einerseits oder aber des ländlichen Raumes andererseits orientiert. Eine Stadt kleiner oder mittlerer Größe hat es schwer, sich in solchen Förderprogrammen (Stichwort: Aufwand und Nutzen) wiederzufinden und mit den komplexen Förderstrukturen umzugehen.

Konkret angesprochen wurde immer wieder der Wunsch nach Anreizen durch Bund und Länder für eine stärkere interkommunale Kooperation bis hin zur Fusion (in welcher Rechtsform auch immer). Es scheint, dass es ohne solche Anreize in dieser Hinsicht weiterhin wenig Bewegung in Richtung einer freiwilligen Zusammenarbeit geben wird.

Schließlich wird die Einrichtung beratender und unterstützender Landesagenturen empfohlen – dies vor dem Hintergrund, dass Klein- und Mittelstädte eine eigene Bedarfslage haben, ihnen aber oft die Ressourcen für Vernetzung, Mitwirkung an Förderprogrammen oder Erschließung neuer Themenfelder fehlen.

3.6 Thesen zur Diskussion

Um die Erkenntnisse und Einblicke mit den teilnehmenden Kommunen zu reflektieren, veranstaltete das Difu einen gemeinsamen Workshop. In diesem wurde – entlang von Thesen mit „Prüffragen“ – das weitere Vorgehen für Politik und Verwaltung diskutiert. Die Ergebnisse sind hier aufbereitet.

Die Verwaltungsakteure bewerten die kommunale Handlungsrelevanz zu den Herausforderungen unterschiedlich

Wie dargestellt, werden die mit Schrumpfung und Peripherisierung verbundenen Herausforderungen für die Stadtentwicklung von verschiedenen Verwaltungsbereichen/-akteuren unterschiedlich wahrgenommen und in ihrer Relevanz bewertet. Entsprechend sollte in den Städten geprüft werden, ob durch eine (noch) intensivere Zusammenarbeit der verschiedenen Verwaltungsbereiche und durch die Benennung klarer Zuständigkeiten für die Themen Demografischer Wandel und/oder Schrumpfung eine kohärentere „Meinungs- und Stimmungslage“ erzeugt werden kann. Die Erfahrungen auch aus anderen Kommunen zeigen: Die Entwicklung kooperativer Strukturen auf Basis integrierter Handlungskonzepte kann die „Schlagkraft“ kommunalen Handelns erhöhen – wenn diese Strukturen dann auch „gelebt“ werden.

Schrumpfung und Peripherisierung stellen auch in davon betroffenen Klein- und Mittelstädten kein eigenes Handlungsfeld dar

In den meisten von Schrumpfung und Peripherisierung betroffenen Klein- und Mittelstädten sind die damit verbundenen Herausforderungen durchaus präsent – dies sowohl mit Blick auf den Status quo als auch im Sinne

von zukunftsnahe Szenarien. Als integratives Leitthema kommen sie im jeweiligen kommunalen Handeln jedoch kaum zum Tragen. Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, vor Ort zu überdenken, welchen Mehrwert die Entwicklung eigener Leitbilder und/oder Konzepte zum „Umgang mit Schrumpfung“ haben kann. Klein- und Mittelstädte berücksichtigen bisher das Thema Schrumpfung/Peripherisierung vor allem im Rahmen sektoraler Einzelplanungen (Wohnen, Freiflächen, Infrastrukturbedarfsplanung usw.). Daher wird empfohlen zu prüfen, ob sich von einem (noch) stärker handlungsfeldübergreifenden Ansatz ein größerer Mehrwert als von „additiven“ sektoralen Lösungen erwarten lässt. Im Fokus könnte damit gegebenenfalls weniger der Blick auf die konkrete Maßnahmen- und Projektentwicklung stehen. Ziele könnten vielmehr die strategische Verankerung des Themas in den Kommunen und, damit einhergehend, eine „Selbstvergewisserung“ sein.

Viele kommunale Ansätze des Umgangs mit Schrumpfung und Peripherisierung basieren auf Wachstumsvorstellungen

„Wo Wachstum nicht mehr reicht, muss mehr Wachstum zur Lösung führen“ – so oder ähnlich lassen sich viele kommunale Strategien zur Lösung von Problemen, die aus Schrumpfung und Peripherisierung resultieren, umschreiben. Demgegenüber wird hier empfohlen, den Umgang mit diesen Herausforderungen – beispielsweise szenarienhaft – im Rahmen einer „offensiven Schrumpfungsstrategie“ zu überdenken und zu prüfen, welche Vor- und Nachteile ein solcher Ansatz bietet. Womöglich ist der Anstoß zu einem solchen Ansatz nicht allein „aus den eigenen Reihen“ leistbar, und es braucht Anregungen und Anreize von außen (Förderprogramme, externe Begleitung eines solchen Prozesses usw.).

Die Einwohnerinnen und Einwohner sind von den Herausforderungen unterschiedlich (stark) betroffen und vertreten ihre (Individual-) Interessen

Einwohnerinnen und Einwohner sowie andere Akteure außerhalb von Politik und Verwaltung wie Gewerbetreibende, Träger sozialer Infrastrukturen, Vertreterinnen und Vertreter von Wohnungsunternehmen sind von Schrumpfung/Peripherisierung unterschiedlich (stark) betroffen. Sie haben daher ein unterschiedliches Problembewusstsein und verfolgen vor diesem Hintergrund unterschiedliche (Individual-/Partikular-)Interessen. Viel spricht dafür zu prüfen, ob durch eine (noch) engere Einbeziehung der Bewohnerschaft und anderer Akteure in die Erarbeitung von Problemanalysen und Lösungsstrategien in der Kommune ein stärker gemeinwesenorientiertes „Meinungs- und Stimmungsbild“ erreicht werden kann – dies übrigens auch im Sinne einer (noch) stärkeren Legitimation kommunalen Handelns sowie als Basis für bürgerschaftliches und unternehmerisches Engagement. Die Praxiserfahrungen auch in anderen Themenzusammenhängen zeigen jedoch: Das angestrebte „Mitnehmen“ der Bevölkerung wird mit vergleichsweise abstrakten Vorstellungen wie „Schrumpfung“ und „Folgen des demografischen Wandels“ kaum gelingen. Nötig sind vielmehr konkrete, nachvollziehbare Projekte und Szenarien: Es gilt „Bilder“ zu erzeugen, mit denen sich mögliche Entwicklungen „vor der eigenen Haustür“ besser (be)greifen lassen. Damit sind neue, umfassendere Strategien von Aktivierung, Beteiligung und Koproduktion gefragt!

Es ist ein teilträumliches Gegenüber unterschiedlicher Interessen innerhalb der Gemeinde zu beobachten

„Stadtzentrum versus Stadtteil versus Ortslage“? Wenn Prioritäten beim Einsatz kommunaler Ressourcen insbesondere unter Schrumpfungsbedingungen gesetzt werden müssen, geht es nicht immer um „unsere Gemeinde“, sondern oft um „unser Umfeld vor der Haustür“ – beispielsweise im

Rahmen von Diskussionen, an welchen Orten innerhalb der Gemarkungsgrenze Infrastrukturen angesiedelt oder, umgekehrt, zurückgebaut werden sollten. Nicht das Gemeinwesen der Stadt dient als Argumentationsbasis, sondern nicht selten ein Eigeninteresse. Ziel muss es sein, eine stärkere sozialräumliche Kohärenz zu erreichen. Eine solche tatsächlich herzustellen, wird hier als eine der wesentlichsten und schwierigsten Herausforderungen wahrgenommen. Ein Lösungsansatz könnte sein, nicht nur Kommunikationsangebote zu schaffen, in denen Befindlichkeiten, Voreingenommenheit und Befürchtungen geäußert werden können. Auch umfängliche Beteiligungs- und Koproduktionsformate – etwa Dialogmanagement, Mediation, Moderation, also inklusive der Einbeziehung Dritter – scheinen Mittel der Wahl zu sein, um zu stärker sozialräumlichen Gemeinsamkeiten zu gelangen. Um hier transparent, nachvollziehbar und nachhaltig zu agieren, wird empfohlen, gemeinsam mit der Bürgerschaft eine Gesamtstrategie „Umgang mit Schrumpfung“ zu entwickeln. Ein starker partizipativer Ansatz an dieser Stelle kann das kommunale Handeln in diesem schwierigen Themenfeld in besonderer Weise legitimieren, wenn er auf einem gut begleiteten Aushandlungsprozess basiert – auch um eine Prioritätensetzung darstellen zu können.

Der Umgang mit Schrumpfung/Peripherisierung bleibt noch überwiegend auf die eigene Gemeinde beschränkt

Schrumpfung und Peripherisierung können sich auf einzelne Gemeinden oder sogar auf bestimmte städtische Teilräume – periphere Ortslagen, benachteiligte Stadtteile/Quartiere – beziehen. Es finden sich aber auch Schrumpfungs-/Peripherisierungstendenzen, von denen regionale Kontexte über die Gemarkungsgrenzen hinaus betroffen sind und denen daher mit intraregionalen Kooperationen begegnet werden kann. Dennoch beschränken sich kommunale Strategien zum Umgang mit Schrumpfung/Peripherisierung oft auf die eigene Gemeinde. Es sollte daher gemeindegrenzenübergreifend und ergebnisoffen geprüft werden: Welche inhaltlichen Kooperationsansätze sind denkbar? Welcher Mehrwert ist von einer stärker interregionalen Zusammenarbeit zu erwarten bzw. welche Schritte sind hierfür nötig? Welche Hemmnisse gilt es zu überwinden, und welche „Andockpunkte“ zu den Nachbargemeinden lassen sich nutzen? Gefragt sind dafür zunächst vor allem Kommunalpolitikerinnen und -politiker, die zu (stärker) intraregionalen Austausch und Verabredungen kommen müssen. Die Erfahrungen zeigen: Hierfür sind externe Begleitungen (Agenturen, Beratungsbüros, Moderatoren) und Anreize hilfreich – beispielsweise durch IBAs, die REGIONALEN in NRW, den jüngst ausgerufenen Wettbewerb „StadtUmland.NRW“ oder den „Stadt-Umland-Wettbewerb“ im Land Brandenburg.

Der kommunale Umgang mit Schrumpfung/Peripherisierung bewegt sich im Radius übergeordneter Rahmenbedingungen

Sind alle kommunalen Handlungsmöglichkeiten zum Umgang mit Schrumpfung bzw. Peripherisierung optimiert, stellt sich die Frage, inwieweit sie durch übergeordnete Rahmenbedingungen (dennoch) limitiert werden bzw. welche Verbesserungsmöglichkeiten hier bestehen. So wurde aus den Reihen der projektbeteiligten Kommunen generell an Bund und Länder appelliert, großstadtorientierte Förderprogramme nicht eins zu eins auf die Förderung von Klein- und Mittelstädten zu übertragen, sondern deren Spezifika beim Programmzuschnitt stärker zu berücksichtigen. Mehr noch: Es wird ein Fehlen von Förderprogrammen konstatiert, die sich – jenseits von (Groß-)Stadtentwicklung und Dorfentwicklung – den besonderen Herausforderungen und Rahmenbedingungen in Klein- und Mittelstädten widmen. Beispielhaft genannt sei hier die Programmabwicklung in kleinen Verwaltungen mit einem entsprechend geringeren Ressourcenansatz (Stichworte: Personal, finanzielle Möglichkeiten der „Abpufferung“ des Zeitraums zwi-

schen Maßnahmenumsetzung und -abrechnung usw.). Insofern sind Bund und Länder aufgefordert, Förderprogramme speziell für die Belange von Klein- und Mittelstädten aufzulegen bzw. bestehende Programme entsprechend anzupassen. Dies betrifft nicht nur die Programminhalte – auch die Antrags-, Durchführungs- und Abschlussverfahren sollten sich an den in Klein- und Mittelstädten zur Verfügung stehenden Möglichkeiten und (Personal-)Ressourcen orientieren.

4. Abschließende Überlegungen

Aus der Perspektive des Difu zeigt sich: Schrumpfung und Peripherisierung sind relevante Themen der Stadtentwicklung – auch vor Ort. Sie werden aber oftmals eher am Rande und nicht als eigenes Querschnittsthema gesehen und angegangen. Damit einher geht die Wahrnehmung, dass den perspektivischen Auswirkungen von Schrumpfung und Peripherisierung nicht überall gleich große „Problemhaftigkeit“ und/oder Bedeutung beigegeben wird. Dies liegt auch daran, dass der Handlungsdruck nicht überall gleich und in anderen Themenfeldern oft unmittelbarer und stärker spürbar ist. Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass Schrumpfung und Peripherisierung für sich genommen als relevant wahrgenommen werden, aber keinen spürbaren aktuellen und expliziten Handlungsdruck erzeugen.

Viele Rahmenbedingungen für die Entwicklung von Klein- und Mittelstädten unterscheiden sich von denen, die für Großstädte gelten. Gleichwohl gibt es hier auch Gemeinsamkeiten oder Übertragbarkeiten im Sinne von „Lerneffekten“. Dies gilt vor allem für die Kernelemente der integrierten Stadt- und Quartiersforschung. So sind etwa integrierte Stadtentwicklungskonzepte oder -strategien auch in schrumpfenden Klein- und Mittelstädten relativ weit verbreitet. Auch wird auf der Verwaltungsebene vergleichsweise stark themen- oder fachbereichsübergreifend kooperiert, und die Beteiligung der Einwohnerschaft und anderer Akteure – etwa lokaler Gewerbetreibender, Wohnungsunternehmen, Träger sozialer Einrichtungen – spielt in allen projektbeteiligten Kommunen eine Rolle. Die oftmals zitierten „kurzen Wege“ sind hier hilfreich.

Es fällt aber auf, dass eine Problematisierung des Themas tendenziell weniger aus dem Bereich der Stadtplanung erfolgt als aus den Arbeitskontexten für „Soziales“. Durch wesentliche – bereits erfolgte – Anpassungsbedarfe bei der sozialen Infrastruktur oder auch einen anderen Blick bei der Auswertung von Datenmaterialien werden aus dieser Richtung ein deutlich wahrnehmbarer Handlungsdruck und eine Sensibilisierung für zukünftige Herausforderungen erkennbar. Damit einher geht eine deutlichere Zurückhaltung hinsichtlich des Postulats einer Angebotserweiterung (z.B. Wohnen, Gewerbe, Infrastruktur) aus dieser Akteursgruppe, um einer Schrumpfung entgegenzuwirken. Gleichzeitig gibt es an jedem Standort grundsätzlich auch Stimmen, die in Wachstumsstrategien den einzigen oder den wesentlichen Lösungsansatz sehen. Ziel müsste aber eine (qualitative) Angebotsanpassung sein.

Aus Sicht des Difu kann entsprechend gefragt werden, ob hier – insbesondere mit Blick auf Schrumpfung und die neue, relativierende Herausforderung der Integration von Geflüchteten – an der einen oder anderen Stelle „kritische Revisionen“ von Strukturen und Prozessen sinnvoll oder sogar notwendig sind: Relevanz des Themas Schrumpfung in Leitbildern und Konzepten, Verbindlichkeit von Konzepten und Strategien für das kommunale Handeln, „Vollständigkeit“, „Lebendigkeit“, „Schlagkraft“ ressortüber-

greifender Gremien, Kreativität und Lösungsorientiertheit von Beteiligungsformaten – überhaupt: Stellenwert von (und damit verbunden: Ressourceneinsatz für) Aktivierung und Beteiligung, Dialog und Mediation, Koproduktion von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft.

Dies alles unterstreicht: Schrumpfung und Peripherisierung sind komplexe Prozesse, die sich sicherlich nicht mit einem einzigen, „richtigen“ Maßnahmenersatz von Politik und Verwaltung beeinflussen lassen. Außerdem geben Schrumpfung und in diesem Zusammenhang geplante Maßnahmen und Projekte unterschiedlichen Akteuren vielerlei Anlass, sich vor dem Hintergrund ihrer jeweils eigenen, spezifischen Interessen mit unterschiedlichen Qualitäten der „betroffenen“ Räume (Orts- bzw. Stadtteile) auseinanderzusetzen. Spätestens an dieser Stelle kommt erneut die Kommunikation zwischen Politik, Verwaltung und anderen Akteuren – allen voran Einwohnerinnen und Einwohnern – ins Spiel. Dabei ist zusätzlich zwischen den Vorstellungen in und für die Kernstadt sowie das Umland zu differenzieren.

Sicherlich sind allem kommunalen Handeln durch übergeordnete Rahmenbedingungen Grenzen gesetzt (Stichworte: Ausrichtung und Handhabbarkeit von Förderprogrammen, Auswirkungen von Regional- und Landesplanung, Aufgeschlossenheit von Nachbarkommunen für intraregionale Kooperation usw.). Auf der kommunalen Ebene selbst geht es jedoch um die Frage, inwieweit die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten (tatsächlich) ausgeschöpft werden bzw. warum dies gegebenenfalls (noch) nicht der Fall ist.

Auf der anderen Seite ist weniger Bevölkerung für eine Verwaltung nicht gleichzusetzen mit weniger Arbeitsaufwand. Deutlich wird, dass immer weniger Menschen in den Verwaltungen immer mehr leisten müssen – sei es aufgrund von Einsparungen oder einem wahrnehmbaren Fachkräftemangel. Entsprechend ist in den Gesprächen spürbar, dass der Rückgang im personellen Bereich der Verwaltungen bei wachsender Komplexität der Aufgaben zusehends zu Kapazitätsengpässen führt. Mehr noch: Es zeichnet sich ab, dass auch Kapazitätsgrenzen erreicht werden. Woher also die Ressourcen und die Energie nehmen, um neue Lösungen zu entwickeln?

Die Untersuchungsergebnisse zeigen es: Auf der kommunalen Ebene von Klein- und Mittelstädten kann viel unternommen werden, um mit der Herausforderung Schrumpfung kreativ und nachhaltig umzugehen. Darüber hinaus sind aber auch die Ebenen von Bund und Ländern aufgefordert, ihre rahmensetzenden Aktivitäten sowie Förderprogrammatiken zu überprüfen, um Klein- und Mittelstädte in ihrem Handeln (noch) stärker als bislang zu entlasten bzw. zu unterstützen.

Das beschriebene Projekt hat nicht nur inhaltlich viele interessante und – hoffentlich – nützliche Ergebnisse hervorgebracht. Auch das hier gewählte Format eines intensiven Austausches zwischen Wissenschaft und kommunaler Praxis hat sich aus Sicht des Difu bewährt, um gemeinsam und diskursiv Themen „im Wandel“ zu bearbeiten: kommunaler Erfahrungsaustausch, Wissenstransfer, Möglichkeiten der Selbstvergewisserung sind zentrale Aspekte dieses Koproduktionsformats. Dabei kann dieses Difu-Paper nicht mehr als eine Momentaufnahme zeigen – allein das Thema Unterbringung, Ersthilfe und Integration von Geflüchteten kam inmitten der Projektlaufzeit auf. Dennoch ist das Projekt hoffentlich eine gute Ausgangsbasis für die Weiterbeschäftigung mit den besonderen Herausforderungen von Klein- und Mittelstädten u.a. mit dem Fokus Schrumpfung und Peripherisierung.

Literatur

- Kühn, Manfred, und Sabine Weck (2012): Peripherisierung – ein Erklärungsansatz zur Entstehung von Peripherien, in: Bernt, Matthias, und Heike Liebmann (Hrsg.): Peripherisierung, Stigmatisierung, Abhängigkeit? Deutsche Mittelstädte und ihr Umgang mit Peripherisierungsprozessen, Wiesbaden, S. 24–46.
- Lutherstadt Wittenberg Marketing GmbH (Hrsg.) (o.J.): Lutherstadt Wittenberg, Lutherstadt Wittenberg.
- Stadt Bocholt, Der Bürgermeister, Fachbereich Stadtentwicklung und IT (Hrsg.) (2015): Wussten Sie schon ..., Bocholt.
- Stadt Bocholt, Der Bürgermeister (Hrsg.) (2007): Stadtentwicklungskonzept Bocholt, Bocholt.
- Stadt Schwarzenberg (2014): Integriertes Stadtentwicklungskonzept (InSEK). Fortschreibung, Schwarzenberg.

Online-Quellen

- Bundesagentur für Arbeit (2015): Arbeitsmarkt in Zahlen. Beschäftigungs- und Arbeitsmarktstatistik. Arbeitsmarkt kommunal. Gummersbach, Stadt 2014. Online verfügbar unter:
http://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Rubrikensuche/Rubrikensuche_Form.html?nn=32022&year_month=201412&pageLocale=de&view=processForm&topicId=910542®ionInd=05374 (Zugriff am 30.09.2015).
- HA Hessen Agentur GmbH (2015): Gemeindedatenblatt: Homberg (Ohm), St. (535009). Online verfügbar unter: http://www.hessen-gemeindelexikon.de/gemeindelexikon_PDF/535009.pdf (Zugriff am 07.10.2015).
- Hessisches Statistisches Landesamt (2014a): Zensus 2011. Bevölkerung und Haushalte. Gemeinde Homberg (Ohm), Stadt am 9. Mai 2011. Online verfügbar unter: https://www.destatis.de/GPStatistik/servlets/MCRFileNodeServlet/HEHeft_derivate_00004254/Homberg_Ohm_Stadt_Bev.pdf;jsessionid=46F7F91135E84E1A64A4B9E80196DF66 (Zugriff am 07.10.2015).
- Hessisches Statistisches Landesamt (2014b): Zensus 2011. Gebäude und Wohnungen sowie Wohnverhältnisse der Haushalte. Gemeinde Homberg (Ohm), Stadt am 9. Mai 2011. Online verfügbar unter: https://www.destatis.de/GPStatistik/servlets/MCRFileNodeServlet/HEHeft_derivate_00004640/Homberg_Ohm_Stadt_GWZ.pdf;jsessionid=7F5901B77DB12C5E707F36C49A5FE0D0 (Zugriff am 07.10.2015).
- Information und Technik Nordrhein-Westfalen (2015): Landesdatenbank NRW. Online verfügbar unter: <https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw/online> (Zugriff am 30.09.2015).
- Lutherstadt Wittenberg (2012a): Stadtentwicklungskonzept 4. Fortschreibung 2011. Teilfortschreibung Stadtumbau. Online verfügbar unter: http://www.wittenberg.de/pics/medien/1_1361289097/STEK_4_FS_Stadtumbau_WB_Endfassung.pdf (Zugriff am 16.10.2015).
- Lutherstadt Wittenberg (2012b): Stadtentwicklungskonzept 4. Fortschreibung 2011. Teilfortschreibung Wirtschaft. Online verfügbar unter: http://www.wittenberg.de/pics/medien/1_1348066188/4_STEK-Fortschreibung_Teilfortschreibung_Wirtschaft_Kurz_.pdf (Zugriff am 16.10.2015).
- Stadt Bocholt: Webseite der Stadt. Online verfügbar unter: <http://www.bocholt.de/rathaus/stadtentwicklung-statistik/> (Zugriff im September 2015).
- Stadt Gummersbach: Webseite der Stadt. Online verfügbar unter: <http://www.stadtimpuls-gummersbach.de/Rahmenplanung.42.0.html> (Zugriff am 30.09.2015).
- Statistisches Bundesamt (2015): GENESIS-Online Datenbank. Online verfügbar unter: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online> (Zugriff am 16.10.2015).
- Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (Hrsg.) (2015): Daten und Fakten. Online verfügbar unter: <https://www.statistik.sachsen-anhalt.de/> (Zugriff am 16.10.2015).



Zitierweise: Elke Bojarra-Becker, Thomas Franke, Martin zur Nedden: Herausforderungen von Klein- und Mittelstädten – Fokus: Schrumpfung und Peripherisierung, Berlin 2017 (Difu-Paper)

Herausgeber: Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH
Zimmerstraße 13–15 10969 Berlin
Telefon: +49 30 39001-0 Telefax: +49 30 39001-100
E-Mail: difu@difu.de Internet: <http://www.difu.de>

Autorin/Autoren: Dr. Elke Bojarra-Becker, Dr. Thomas Franke, Prof. Martin zur Nedden

Redaktion: Klaus-Dieter Beißwenger
DTP: Christina Bloedorn

ISSN 1864-2853

Die „Difu-Papers“ sind für den Nach- und Abdruck in der (Fach-)Presse ausdrücklich freigegeben, wenn das Deutsche Institut für Urbanistik und die Autorinnen und Autoren als Quelle genannt werden. Nach Abdruck oder Rezension bitten wir um Übersendung eines Belegexemplars mit allen Angaben über Erscheinungsort und -datum. Bitte senden Sie das Belegexemplar an:

Difu-Pressestelle/Difu Press Office Zimmerstraße 13–15 10969 Berlin
Telefon/Phone: +49 30 39001-208/209 Fax: +49 30 39001-130
E-Mail: Pressestelle@difu.de